

06.12.2018

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksachen 17/3300 und 17/4100 -

in der Fassung nach der 2. Lesung  
- Drucksachen 17/4400 bis 17/4414, 17/4416 und 17/4420 -

### 3. Lesung

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)**

**Berichterstatter**

Abgeordneter Martin Börschel

### **Beschlussempfehlung**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 17/3300, 17/4100 und 17/4400 - in der Fassung nach der 2. Lesung wird mit folgenden Änderungen angenommen:

Datum des Originals: 06.12.2018/Ausgegeben: 07.12.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter <a href="http://www.landtag.nrw.de">www.landtag.nrw.de</a>
--



1. In § 1 wird die Zahl „77 926 824 800“ durch die Zahl „77 928 781 600“ ersetzt.
2. In § 2 Abs. 1 wird die Zahl „121.000.000“ durch die Zahl „120 000 000“ ersetzt.
3. In § 15 Absatz 6 wird der Nummer 1 ein neuer Buchstabe g) angefügt:  

„g) Grundstücke in der Stadt Köln, Gemarkung Rondorf, Flur 51, Flurstücke 30/1, 31/7, 31/8, 31/9, 31/11, 31/12, 32/3, 32/4, 55/1, 55/2, 55/3, 55/4, 55/5, 56/1, 57/1, 57/4, 560, 561, 799, 817, 819, 820, 821/818, 1033, 1034, 1035, 1036, 1037, 1038, 1039, 1143, 1158, 1160, 1161, 1365, 1366, 1367, 1368, 1373, 1374, 1375, 1376, 1377, 1381, 1658, 1659, 1756, 1757, 1798, 1799, 1804, 1805, 1826, 1827, 1829, 1830, 1831, 2443/32, 2444/52, 3450/30, 4611/30, 4844/30, 4845/30, 4876/30, 4957/86, 5279/52, 5493/55, 5762/52, 6108/55, 7000/86, 7004/86 mit einer Größe von insgesamt 86 871 Quadratmetern an die Stadt Köln mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen,“
4. Der Gesamtplan (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan) erhält die aus der **Anlage** zu diesem Bericht ersichtliche neue Fassung.
5. Die Änderungen in den Einzelplänen ergeben sich aus den Anhängen sowie aus den Veränderungsnachweisen.
6. Das Haushaltsgesetz 2018 bleibt im Übrigen in der Fassung nach der 2. Lesung unverändert.



Anlage zum  
Haushaltsgesetz

**Haushaltsplan  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
für das Haushaltsjahr  
2019**

**Gesamtplan**

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

**Haushaltsübersicht**

Einzelplan	Einnahmen	Einnahmen	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigungen	Ausgaben
	2019 (TEUR)	2018* (TEUR)	2019 (TEUR)	2019 (TEUR)	2018* (TEUR)
01 Landtag	189,3	189,3	152 731,5	7 040,4	150 161,3
02 Ministerpräsident	828,9	941,8	257 239,3	339 350,9	215 104,7
03 Ministerium des Innern	183 223,3	166 005,5	5 851 873,3	960 292,4	5 556 868,7
04 Ministerium der Justiz	1 308 841,5	1 282 550,1	4 468 836,1	841 668,0	4 277 334,1
05 Ministerium für Schule und Bildung	253 864,0	253 846,0	18 766 765,1	383 664,4	18 005 111,1
06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft	1 346 394,9	1 325 463,8	9 208 493,3	1 038 680,2	8 682 185,3
07 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration	337 928,1	371 860,0	6 523 973,2	430 977,7	6 201 530,1
08 Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung	615 173,2	596 600,4	1 277 019,0	603 536,3	1 239 344,0
09 Ministerium für Verkehr	1 799 588,1	1 764 019,7	2 868 841,9	2 118 486,0	2 765 559,2
10 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	386 523,3	366 644,8	1 053 958,0	702 163,0	1 013 498,4
11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	4 238 848,3	4 227 402,3	6 394 102,1	529 154,5	6 080 643,0
12 Ministerium der Finanzen	776 297,9	777 995,7	2 460 261,5	186 658,3	2 345 541,9
13 Landesrechnungshof	148,5	142,3	46 650,6	17 250,0	45 265,2
14 Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie	351 765,4	330 953,2	1 586 192,7	2 304 151,5	1 305 003,0
16 Verfassungsgerichtshof	-,-	-,-	200,1	-,-	105,7
20 Allgemeine Finanzverwaltung	66 329 166,9	63 315 888,1	17 011 643,9	147 680,4	16 812 247,3
<b>Zusammen</b>	<b>77 928 781,6</b>	<b>74 780 503,0</b>	<b>77 928 781,6</b>	<b>10 610 754,0</b>	<b>74 695 503,0</b>

\* Stand: Nachtragshaushaltsentwurf 2018 nach HFA zur 3. Lesung - einschl. Stand der Umsetzungen im Haushaltsvollzug 2018 = Vorjahresvergleichszahl

**Hinweis:**

Die Abweichungen in den Summen ergeben sich durch kaufmännisches Runden.

## FINANZIERUNGSÜBERSICHT

		( Mio EUR )
<b>I.</b>	<b>HAUSHALTSVOLUMEN</b>	77.928,8
<b>II.</b>	<b>ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
1.	<b>Ausgaben</b> (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und für Fehlbeträge aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	77.720,0
2.	<b>Einnahmen</b> (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	77.653,5
3.	<b>Finanzierungssaldo</b>	-66,5
<b>III.</b>	<b>ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
4.	<b>Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt</b>	
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	15.964,4
4.2	abzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	15.844,4
4.3	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	120,0
5.	zuzüglich Entnahmen aus Rücklagen	150,0
6.	abzüglich Zuführung an Rücklagen	204,2
7.	zuzüglich Überschüsse aus Vorjahren	0,7
8.	abzüglich Fehlbeträge aus Vorjahren	—
9.	Finanzierungssaldo	-66,5
<b>IV.</b>	<b>NACHRICHTLICH ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL</b>	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (netto)	120,0
	zuzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	15.844,4
	Kreditermächtigung (brutto)	15.964,4

## KREDITFINANZIERUNGSPLAN

		( Mio EUR )
<b>I.</b>	<b>EINNAHMEN AUS KREDITEN</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	—
	vom Kreditmarkt (brutto)	15.964,4
	Zusammen	15.964,4
<b>II.</b>	<b>TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	151,0
	am Kreditmarkt	15.844,4
	Zusammen	15.995,4
<b>III.</b>	<b>NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	-151,0
	am Kreditmarkt	120,0
	Zusammen	-31,0





## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 17/3300 und 17/4100 - wurde vom Landtag in 2. Lesung am 28. und 29. November 2018 beraten und am 29. November 2018 entsprechend den Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksachen 17/4400 bis 17/4414, 17/4416 und 17/4420 verändert angenommen und an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Vorbereitung der 3. Lesung zurücküberwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung in seiner Sitzung am 6. Dezember 2018 abschließend beraten.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt 2019 wird auch auf den Bericht zur 3. Lesung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 - GFG 2019), Drucksachen 17/3302 und 17/4100 sowie 17/4417, in der Fassung nach der 2. Lesung verwiesen. Die Beschlussempfehlung zur 3. Lesung des GFG wurde als Drucksache 17/4451 verteilt.

### **B Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses zur Vorbereitung der 3. Lesung in der Sitzung am 6. Dezember 2018**

#### **1. Grundsatzdebatte**

Die Fraktion der SPD nahm Bezug auf eine Landespressekonferenz, in der die Fraktionen von CDU und FDP ihre Änderungsanträge vorgestellt hätten. Diese Anträge seien aus Sicht der SPD teilweise nicht falsch, einige sogar richtig; man vermisse aber insgesamt eine politische Gestaltung. Die Haushaltsanträge tragen zwar die Handschrift der Koalition, diese sei aus Sicht der SPD aber keine gute.

Für die FDP-Fraktion kommen in den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen zur Vorbereitung der 3. Lesung die Politikschwerpunkte der regierungstragenden Fraktionen zum Ausdruck. Exemplarisch werde auf die Bereiche Sicherheit sowie Schule und Bildung hingewiesen. Man wolle NRW zu einem sicheren Land machen. Dazu seien im Rahmen der Finanzierbarkeit, wie sie sich inzwischen herausstelle, die politisch gewünschten und gewollten Maßnahmen ergriffen. Im Bereich der Polizei setze man auf mehr Mittel für den Einsatz von Streifen und für die Ausbildung von Nachwuchskräften.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte, dass sie die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen differenziert betrachte. Ihr sei aber bis zu diesem Zeitpunkt nicht klar, wer für die Durchleitung der Integrationspauschale am Ende zahle. Sie stelle sich die Frage, ob nicht die Kommunen am Ende noch auf eine Erhöhung verzichten müssten und vermisse die von Minister Dr. Stamp im Plenum in der 2. Lesung angekündigten „überzeugenden Antworten“ zur 3. Lesung.

Die Fraktion der CDU führte zu den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen aus, dass man 100 Kommissaranwärterstellen zusätzlich ermögliche, Polizeihubschrauber - aus den in diesem Jahr gemachten Erfahrungen mit Bränden - zu Löschhubschraubern ertüchtigen wolle, die Einrichtung einer Notruf-App erreichen wolle sowie ein Landesprogramm „Dorferneuerung“ mit 5 Mio. Euro stärke. Die von den Oppositionsfraktionen in Änderungsanträgen geforderte

Absenkung von Personalausgaben stehe aus Sicht der Koalitionsfraktionen in einem Widerspruch zu den Aussagen dieser Fraktionen, die Landesregierung habe nicht ausreichend Vorkehrung für mögliche Tarifanpassungen im Haushalt geschaffen. Auch eine Abschaffung von Kita-Gebühren entlaste insbesondere nicht die Haushalte mit geringen Einkünften; diese Haushalte seien bereits weitgehend von diesen Gebühren befreit.

Die Fraktion der AfD möchte insbesondere das Zulagenwesen im Bereich der Polizei künftig ausdrücklich neu geregelt wissen. Zu Einzelplan 01 (Landtag) moniere sie, dass sie auch in dem Fall dieser Änderungsanträge an den Beratungen der übrigen vier Fraktionen nicht beteiligt worden sei. Daher werde man sich zu diesen Änderungsanträgen enthalten müssen.

Das Ministerium der Finanzen stellte heraus, dass es ein Plus von 980 Mio. Euro für die Kommunen gebe.

Im Übrigen wird auf das spätere Wortprotokoll APr. 17/478 zu den Schlussberatungen des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss am 6. Dezember 2018 verwiesen.

## 2. Änderungsanträge der Fraktionen zum Zahlenwerk

Die Änderungsanträge der Fraktionen sind einschließlich der umfangreichen Begründungen in den Anhängen dargestellt. Die Abstimmungsergebnisse und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen zu den jeweiligen Änderungsanträgen ergeben sich ebenfalls aus den Anhängen. Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden angenommen. Ebenso die Anträge die unter Beteiligung der Koalitionsfraktionen zusammen mit den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt worden sind. Die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen fanden keine Mehrheiten. In Folge der angenommenen Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen veränderte sich das Haushaltsvolumen in § 1 des Haushaltsgesetzentwurfs 2019 sowie die Kreditemächtigung in § 2 Abs. 1 des Haushaltsgesetzentwurfs 2019. Der Folgeantrag zu §§ 1 und 2 Haushaltsgesetzentwurf 2019 wurde von den Fraktionen von CDU und FDP in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2018 mündlich gestellt.

Soweit in den mündlichen Beratungen Veränderungen und Ergänzungen der Änderungsanträge zum Zahlenwerk erfolgt sind, sind diese in den hier angefügten Änderungsanträgen in den Anhängen in der aktualisierten Fassung dargestellt.

## 3. Abstimmungen zu den Einzelplänen unter Berücksichtigung der zuvor erfolgten Abstimmungen über die Änderungsanträge sowie Änderungsanträge zum Haushaltsgesetzestext, auch Folgeänderungen:

Einzelplan	Ergebnis	CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	AfD
01	verändert angenommen	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
02	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
03	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Enthaltung
04	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
05	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein

Einzelplan	Ergebnis	CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN	AfD
06	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
07	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
08	verändert angenom- men	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
09	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
10	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
11	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Enthaltung
12	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
13	einstimmig unverändert angenommen	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
16	einstimmig verän- dert angenommen	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
Text HHG	verändert angenom- men	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein

Zum Text des Haushaltsgesetzes 2019 lag folgender Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor:

**„Änderungsantrag**

**der Fraktion der SPD**

**zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)“ (Drs. 17/3300)**

§ 7 Absatz 1 wird wie folgt erweitert:

*Aus dem Stellingehalt unbesetzter Stellen und aus dem freien oder teilweise freien Stellingehalt besetzter Stellen im Einzelplan 05 (Gruppen 422, 427 und 428) können Dienstleistungen, Bezüge für an Schulen tätigem Personal sowie Ausgaben für allgemeine Aufgaben an den Schulen gezahlt werden. Das Nähere regelt das Ministerium für Schule und Bildung im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen.*

**Begründung:**

*Die hohe Zahl an unbesetzten Stellen im Schulbereich führt regelmäßig zu enormen Minderausgaben, welche dem allgemeinen Haushalt zufließen.*

*In Anlehnung an ähnliche Regelungen in Bayern, aber auch im bestehenden Einzelplan des Ministeriums für Schule und Bildung (Stichwort Kapitalisierung), wird diese allgemeine Regelung ins Haushaltsgesetz aufgenommen. Die Minderausgaben kommen damit direkt den Schulen zugute.“*

Dieser Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Von den Koalitionsfraktionen lag folgender Änderungsantrag vor:

### **„Änderungsantrag**

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetze über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019 – HHG 2019) - Landtagsdrucksache 17/3300:**

*Die Fraktionen der CDU und der FDP beantragen, den Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019 – HHG 2019) - Landtagsdrucksache 17/3300 - vom 5. September 2018, in der Fassung der Ergänzung des Entwurfs des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019 – HHG 2019) - Landtagsdrucksache 17/4100 - vom 31. Oktober 2018“ wie folgt zu ändern:*

*In § 15 Absatz 6 wird der Nummer 1 ein neuer Buchstabe g) angefügt:*

*„g) Grundstücke in der Stadt Köln, Gemarkung Rondorf, Flur 51, Flurstücke 30/1, 31/7, 31/8, 31/9, 31/11, 31/12, 32/3, 32/4, 55/1, 55/2, 55/3, 55/4, 55/5, 56/1, 57/1, 57/4, 560, 561, 799, 817, 819, 820, 821/818, 1033, 1034, 1035, 1036, 1037, 1038, 1039, 1143, 1158, 1160, 1161, 1365, 1366, 1367, 1368, 1373, 1374, 1375, 1376, 1377, 1381, 1658, 1659, 1756, 1757, 1798, 1799, 1804, 1805, 1826, 1827, 1829, 1830, 1831, 2443/32, 2444/52, 3450/30, 4611/30, 4844/30, 4845/30, 4876/30, 4957/86, 5279/52, 5493/55, 5762/52, 6108/55, 7000/86, 7004/86 mit einer Größe von insgesamt 86 871 Quadratmetern an die Stadt Köln mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen,“*

### **Begründung:**

*Bei den zu veräußernden Grundstücken handelt es sich um das sogenannte Domgärten-Areal. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen hat diese in den Jahren 2008 bis 2010 erworben. Zu einer Verwendung für Zwecke des Landes ist es seitdem nicht gekommen, u.a. auch deshalb, da sich eine optional angedachte Verwendung für einen Neubau der Technischen Hochschule Köln durch eine Fokussierung auf den bisherigen Standort in Deutz zwischenzeitlich erledigt hat. Eine abschließende Feststellung der Entbehrlichkeit steht noch aus.*

*Für den Bereich des Domgärten-Areal besteht derzeit kein Bebauungsplan, es gibt aber seit dem Jahr 2015 einen Aufstellungsbeschluss. Bereits seit Juni 2013 ist das Gebiet als Sanierungsgebiet festgelegt worden, was Einschränkungen bzw. Auflagen bei der Bebaubarkeit und der Veräußerbarkeit zur Folge hat. Diese Satzung ist zwar vom OVG Münster für unwirksam erklärt worden, der Rechtsstreit wird aber derzeit noch beim Bundesverwaltungsgericht fortgeführt. Mit dem Projekt „Parkstadt Süd“ werden die Sanierungsziele, u.a. Neuordnung des*

*Areals, Fortführung des Inneren Grüngürtels, Schulneubau sowie in Teilbereichen Wohnbebauung, in einen städtebaulichen Rahmen gebracht. In einem von der Stadt Köln vorgelegten Konzept ist zudem der Bereich „Domgärten“ als Schulstandort und für eben den inneren Grüngürtel vorgesehen. Dieses Konzept wird voraussichtlich auch in die Aufstellung des Bebauungsplans einfließen. Die künftige Bebaubarkeit steht daher nicht fest. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Stadt ihre Vorstellungen, insbesondere die eines Grüngürtels, planungsrechtlich festschreibt. Die Durchführung eines Bieterverfahrens, ggf. nur für einzelne marktgängige Teilflächen, führt vor dem Hintergrund der somit unsicheren bauplanungsrechtlichen Situation nicht zwingend zu einem höheren Erlös bezogen auf die Gesamtfläche. Die neue Regelung eröffnet dabei zunächst optional die Möglichkeit, das Domgärten-Areal als Ganzes direkt an die Stadt Köln zu veräußern. Zu diesem Zwecke sind noch weitere Gespräche mit der Stadt zu führen.*

*Bis Ende Oktober bestand Zuversicht, den Kaufvertrag bis zum Jahresende 2018 abwickeln zu können. Die Verhandlungen über den Verkauf des Domgärtenareals dauern jedoch an, so dass die Regelung wieder in das Haushaltsgesetz 2019 aufgenommen werden muss, um den Verkauf weiterhin zu ermöglichen.“*

Dieser Änderungsantrag wurde mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig angenommen.

Von den Fraktionen der CDU und der FDP wurde als Folgeantrag nach Beratung und Beschlussfassung über die aus dem Anhang ersichtlichen Änderungsanträge folgender Änderungsantrag zu den §§ 1 und 2 des Haushaltsgesetzentwurfes 2019 gestellt:

#### **„Änderungsantrag**

##### **der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP**

Das Haushaltsgesetz 2019 wird wie folgt geändert:

1. *In § 1 wird die Zahl „77 926 824 800“ durch die Zahl „77 928 781 600“ ersetzt.*
2. *In § 2 Abs. 1 wird die Zahl „121.000.000“ durch die Zahl „120 000 000“ ersetzt.*

##### **Begründung:**

*Durch die angenommenen Änderungsanträge erhöht sich das Haushaltsvolumen um 1 956 800 Euro. Die Kreditermächtigung wird um 1 000 000 Euro abgesenkt.“*

Dieser Änderungsantrag wurde mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig angenommen.

#### **4. Bereinigungsbeschluss**

Der Haushalts- und Finanzausschuss fasste mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der AfD einstimmig folgenden Bereinigungsbeschluss:

*Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich*

*des Haushalts ggf. den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 - Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans - zu verändern.*

*Die vom Ministerium der Finanzen nach der heutigen Sitzung des HFA als Anlagen zu unseren Beschlussempfehlungen beizufügenden Veränderungsnachweise sind insoweit verbindlich für die 3. Lesung, als sie die Beschlusslage der heutigen Sitzung unter Berücksichtigung dieses Bereinigungsbeschlusses wiedergeben.*

## 5. Ausgleich des Haushalts

Unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Änderungsanträge war der Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Auf den zuvor einstimmig gefassten Bereinigungsbeschluss wird verwiesen. Ein gesonderter Beschluss zum Haushaltsausgleich war entbehrlich.

## C Abstimmung, Ergebnis

Die Ergebnisse der jeweiligen Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der Fraktionen ergeben sich aus den Anhängen. Die Abstimmungen über die ggf. so veränderten bzw. unveränderten Einzelpläne und den veränderten Haushaltsgesetzestext sind in der Ziffer B 3. dieser Beschlussempfehlung dargestellt. Auf den Bereinigungsbeschluss unter B 4. wird verwiesen. Ein gesonderter Beschluss zum Haushaltsausgleich war entbehrlich (vgl. B 5.).

In der abschließenden Gesamtabstimmung wurde der Haushaltsgeszentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung mit den zur Vorbereitung der 3. Lesung im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Änderungen, einschließlich Personaletat, den Anlagen zum Haushaltsgesetz, einschließlich Gesamtplan, den Übersichten und den Einzelplänen in der Fassung der in dieser Sitzung beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der AfD so verändert **angenommen**.

Martin Börschel  
Vorsitzender

Anhang: Änderungsanträge der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der FDP  
Änderungsanträge der Fraktion der SPD  
Änderungsanträge der Fraktion der AfD

Anlage: Veränderungsnachweise des Ministeriums der Finanzen  
  
Anlage zum Haushaltsgesetz 2019: Gesamtplan  
(Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht, Kreditfinanzierungsplan)

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	<p style="text-align: center;">CDU SPD FDP GRÜNE</p>	<p><b>Kapitel 01 010</b>                      <b>Landtag</b></p> <p><b>Titel 422 01</b>                      <b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">7.876.400 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">6.740.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">146.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">8.022.400 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Haushaltsmittel für die Einrichtung von Stellen bei Titel 422 60.</p>		<b>2019</b>		<b>Ansatz lt. HH 2018</b>	von	7.876.400 Euro		6.740.900 Euro	um	146.000 Euro			auf	8.022.400 Euro			<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
	<b>2019</b>		<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																										
von	7.876.400 Euro		6.740.900 Euro																										
um	146.000 Euro																												
auf	8.022.400 Euro																												
CDU	ja																												
SPD	ja																												
FDP	ja																												
GRÜNE	ja																												
AfD	Enth.																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis
	<p style="text-align: center;">CDU SPD FDP GRÜNE</p>	<p><b>Kapitel 01 010</b></p> <p><b>Titelgruppe 60</b></p>  <p><b>Titel 422 60</b></p>  <p>Erhöhung der Zahl der Planstellen Die Zahl der Planstellen der BesGr. A 16 wird von 2 um 1 auf 3 erhöht. Die Zahl der Planstellen der BesGr. A 14 wird von 1 um 1 auf 2 erhöht. <i>Die neuen Planstellen erhalten kw-Vermerke zum 31.07.2022.</i></p> <p><b>Begründung:</b> Einsetzung eines weiteren parlamentarischen Untersuchungsausschusses.</p>	<p><b>Landtag</b></p> <p><b>Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für Enquete-Kommissionen und für andere befristete parlamentarische Gremien</b></p>  <p><b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</b></p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE ja AfD Enth.</p>



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis
	<p style="text-align: center;">CDU SPD FDP GRÜNE</p>	<p><b>Kapitel 01 010</b></p> <p><b>Titel 428 01</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p style="text-align: center;"><b>2019</b></p> <p>von 11.538.800 Euro um 50.000 Euro auf 11.588.800 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Haushaltsmittel für die Einrichtung von Stellen bei Titel 428 60.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Landtag</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b></p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></p> <p style="text-align: right;">11.284.500 Euro</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE ja AfD Enth.</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU SPD FDP GRÜNE	<p><b>Kapitel 01 010</b>                      <b>Landtag</b></p> <p><b>Titelgruppe 60</b>                      <b>Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für Enquete-Kommissionen und für andere befristete parlamentarische Gremien</b></p> <p><b>Titel 428 60</b>                      <b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b></p> <p>Erhöhung der Zahl der Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Die Zahl der Stellen in der Laufbahngruppe 1.2 wird von 8 um 1 auf 9 er- höht. <i>Die neue Stelle erhält einen kw-Vermerk zum 31.07.2022.</i></p> <p><b>Begründung:</b> Einsetzung eines weiteren parlamentarischen Untersuchungsausschus- ses.</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>CDU            ja SPD            ja FDP            ja GRÜNE        ja AfD            Enth.</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis
	<p style="text-align: center;">CDU SPD FDP GRÜNE</p>	<p><b>Kapitel 01 010</b></p> <p><b>Titelgruppe 60</b></p> <p><b>Titel 526 60</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p style="text-align: center;"><b>2019</b></p> <p>von 720.000 Euro um 120.000 Euro auf 840.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Einsetzung eines weiteren parlamentarischen Untersuchungsausschusses.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Landtag</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für Enquete-Kommissionen und für andere befristete parlamentarische Gremien</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></p> <p style="text-align: center;">240.000 Euro</p>	<p style="text-align: center;"><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE ja AfD Enth.</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 01  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis
	<p style="text-align: center;">CDU SPD FDP GRÜNE</p>	<p><b>Kapitel 01 010</b></p> <p><b>Titelgruppe 60</b></p> <p><b>Titel 684 60</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p style="text-align: center;"><b>2019</b></p> <p>von           5.320.000 Euro um             480.000 Euro auf            5.800.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Einsetzung eines weiteren parlamentarischen Untersuchungsausschusses.</p>	<p><b>Landtag</b></p> <p><b>Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für Enquete-Kommissionen und für andere befristete parlamentarische Gremien</b></p> <p><b>Zuschüsse an Fraktionen</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></p> <p style="text-align: center;">2.380.000 Euro</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>CDU           ja SPD           ja FDP           ja GRÜNE       ja AfD           Enth.</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 03 010 Ministerium</b></p> <p><b>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p><b>2019</b> von 50.446 000 Euro um 10.000.000 Euro auf 60.446 000 Euro</p> <p>Erhöhung der Planstellen</p> <p>Von 189 Bes.Gr. A 13 Erste Kriminalhauptkommissarin, Erster Kriminalhauptkommissar Erste Polizeihauptkommissarin, Erster Polizeihauptkommissar Regierungsrätin, Regierungsrat (Beförderungsamt)</p> <p>Um 200 Bes.Gr. A 13 Erste Kriminalhauptkommissarin, Erster Kriminalhauptkommissar Erste Polizeihauptkommissarin, Erster Polizeihauptkommissar Regierungsrätin, Regierungsrat (Beförderungsamt)</p> <p>Auf 389 Bes.Gr. A 13</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    nein AfD        ja</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b> 48.019.500 Euro</p>

	<p>Erste Kriminalhauptkommissarin, Erster Kriminalhauptkommissar Erste Polizeihauptkommissarin, Erster Polizeihauptkommissar Regierungsrätin, Regierungsrat (Beförderungsamt)</p> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Durch die geplante Novellierung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen soll der Katalog der verdeckten Ermittlungsmaßnahmen zur Gefahrenabwehr für die nordrhein-westfälische Polizei ausgeweitet werden. Insbesondere zur gefahrenabwehrrechtlichen Bearbeitung von Sachverhalten bei terroristischen Gefährdern benötigt der Staatsschutz unmittelbar mindestens 200 zusätzliche Planstellen, um die nach der Änderung des Polizeigesetzes möglichen verdeckten Maßnahmen umzusetzen.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 03 010      Ministerium</b> <b>Titel 812 10        Ausgaben für Investitionen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2019</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 45%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>270.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">270.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>75.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>345.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Anschaffung von Drohnen für die Feuerwehr bedeutet für die Einsatzkräfte zahlreiche Vorteile. Denn Drohnen ermöglichen innerhalb kurzer Zeit eine umfassende und bessere Übersicht über die Einsatzsituation, die den Einsatzkräften in der Form bisher nicht zur Verfügung gestanden hat. Drohnen dienen gerade in komplizierten und umfangreichen Einsatzlagen als fliegendes Auge. Sie können helfen, die Einsatzstellen besser einzusehen. Gefährliche Einsatzorte können ungefährdet für Menschen erreicht und begutachtet werden. Gleichzeitig beeutet der Einsatz einer Drohne, dass wertvolle Zeit und Ressourcen eingespart und in Gefahrenlagen Menschenleben geschützt werden können.</p> <p>Als Beispiele für mögliche Einsätze seien genannt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erkundung von Einsatzstellen aus der Luft (z. B. bei Großbränden oder Bränden an hohen Gebäuden etc.),</li> <li>- die Erkundung von Gefahrguteinsatzstellen (z. B. aus der Ferne, auf die Autobahn) oder auch</li> </ul>	<b>2019</b>		<b>Ansatz lt. HH 2018</b>	von	270.500 Euro	270.500 Euro	um	75.000 Euro		auf	345.500 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="width: 30%;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	ja
<b>2019</b>		<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																							
von	270.500 Euro	270.500 Euro																							
um	75.000 Euro																								
auf	345.500 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
FDP	ja																								
GRÜNE	ja																								
AfD	ja																								

		<ul style="list-style-type: none"><li>- die Personensuche mit einer Wärmebildkamera, sofern die Drohne damit ausgestattet ist</li><li>- die Erkundung bei Waldbränden (Lokalisierung, Ausdehnung etc.)</li><li>- ggf. auch: Materialtransport oder die Entnahme von Rauchgasproben bei Großbränden etc.</li><li>- Transport von eiligen Medikamenten von Ort A nach Ort B.</li></ul> <p>Im Rahmen eines Pilotversuchs soll bei der Feuerwehr NRW mit einer Drohne erprobt werden, ob und in welchen Bereichen Drohnen die Einsatzkräfte der Feuerwehr unterstützen und damit einen weiteren Beitrag für mehr Sicherheit leisten können.</p>	
--	--	---	--



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																			
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 03 010                      Ministerium</b></p> <p><b>Es sind folgende neue Titelgruppen vorzusehen:</b></p> <p><b><u>EINNAHMEN:</u></b></p> <p><b>Titelgruppe 82 (neu)</b> <b>Projekt „Notruf-App“</b></p> <p><b>Haushaltsvermerk zur den Einnahmen:</b></p> <p>„Siehe Verstärkungsvermerk zu den Ausgaben der Titelgruppe 82.“</p> <p><b><u>Einnahmeansatz:</u></b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>Titel</b></td> <td style="width: 15%;"><b>232 82</b></td> <td style="width: 70%;"><b>Sonstige Zuweisungen von Ländern</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> </table>	<b>Titel</b>	<b>232 82</b>	<b>Sonstige Zuweisungen von Ländern</b>		<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>		3.000.000 Euro	-	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
<b>Titel</b>	<b>232 82</b>	<b>Sonstige Zuweisungen von Ländern</b>																				
	<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																				
	3.000.000 Euro	-																				
CDU	ja																					
SPD	ja																					
FDP	ja																					
GRÜNE	ja																					
AfD	Enth.																					

		<p><b><u>AUSGABEN:</u></b></p> <p><b>Titelgruppe 82 (neu)</b>  <b>Projekt „Notruf-App“</b></p> <p>Haushaltsvermerke zu den Ausgaben:</p> <p>„1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.  2. Abweichend von § 25 Abs. 2 HHG sind die Ausgaben der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig.  3. Innerhalb der Titelgruppe veranschlagte Verpflichtungsermächtigungen können innerhalb des Gesamtrahmens bei allen Titeln der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.  4. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 82 geleistet werden.“</p> <p><b><u>Ansätze / Verpflichtungsermächtigung:</u></b></p> <table border="0"> <tr> <td style="vertical-align: top;"><b>Titel sowie  stände</b></td> <td style="vertical-align: top;"><b>511 82    Geschäftsbedarf und Kommunikation  Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenstände, sonstige Gebrauchsgegen-</b></td> <td style="vertical-align: top;"><b>2019</b></td> <td style="vertical-align: top;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">1.000.000    Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> </table> <table border="0"> <tr> <td style="vertical-align: top;"><b>Titel mittel</b></td> <td style="vertical-align: top;"><b>525 82    Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lern-</b></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>	<b>Titel sowie  stände</b>	<b>511 82    Geschäftsbedarf und Kommunikation  Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenstände, sonstige Gebrauchsgegen-</b>	<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>			1.000.000    Euro	-	<b>Titel mittel</b>	<b>525 82    Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lern-</b>			
<b>Titel sowie  stände</b>	<b>511 82    Geschäftsbedarf und Kommunikation  Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenstände, sonstige Gebrauchsgegen-</b>	<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>												
		1.000.000    Euro	-												
<b>Titel mittel</b>	<b>525 82    Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lern-</b>														

		<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>
		- Euro	-
	<b>Titel</b>	<b>526 82</b>	<b>Ausgaben für Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben</b>
		<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>
		1.000.000 Euro	-
	<b>Titel</b>	<b>538 82</b>	<b>Ausgaben für Datenverarbeitung</b>
		<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>
		1.000.000 Euro	-
		Verpflichtungsermächtigung: 5.000.000 Euro (Fälligkeit: jeweils 1.000.000 EUR in den Jahren 2020-2024)	
	<b>Titel</b>	<b>541 82</b>	<b>Ausgaben für Veranstaltungen</b>
		<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>
		- Euro	-
	<b>Titel</b>	<b>547 82</b>	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>
		<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>

		- Euro	-	
		<b>Titel</b>	<b>812 82</b>	<b>Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen</b>
		<b>2019</b>		<b>Ansatz lt. HH 2018</b>
		1.000.000 Euro		-
		<b>Begründung:</b>		
		<p>Im Koalitionsvertrag für NRW 2017 - 2022 wird der barrierefreie Zugang zum Notruf für Menschen mit Hörbehinderung angekündigt. Konzeptionelle Vorarbeiten für eine sog. Notruf-App sind unter Beteiligung von NRW inzwischen weit vorangeschritten. NRW hat ein Pilotprojekt des BMWi unterstützt, in der die Machbarkeit einer solchen Lösung demonstriert worden ist. Sinnvoll ist eine Notruf-App nur, wenn sie nicht an den Grenzen der Bundesländer aufhört zu funktionieren, sondern bundesweit genutzt werden kann und sowohl die Leitstellen für die Notrufnummer der Feuerwehr 112, aber zusätzlich auch die Leitstellen für die Notrufnummer der Polizei 110 erreicht werden können. Um die schnelle Einführung der Notruf-App - auch im Hinblick auf die Verpflichtung gegenüber der EU (Schwerbehindertenrechtskonvention, Universaldienstrichtlinie) - sicherstellen zu können, muss Nordrhein-Westfalen frühzeitig alle haushaltsrechtlichen und finanziellen Vorsorgemaßnahmen treffen. Dafür soll eine Titelgruppe mit den erforderlichen Titeln sowie Haushaltsmitteln eingerichtet werden. Strukturell und organisatorisch sollte zudem durch entsprechende Titel die Koordinierung unter den Ländern für diese wichtige Aufgabe sichergestellt werden. So bliebe die Option, dass NRW in Absprache mit und stellvertretend für die anderen Länder das Vergabeverfahren und den laufenden Betrieb organisiert und entsprechend abrechnen kann. Den Kommunen in NRW wird damit ein wichtiges Instrument zur schnellen Hilfeleistung insbesondere für Hör- und Sprachbehinderte zur Verfügung gestellt, was auch für Notrufe an die Polizei genutzt werden kann und damit in jeder Beziehung einen erheblichen Mehrwert für die Gefahrenabwehr darstellt.</p>		



		<p>2017 (Stand vor Nachtrag) noch 2.000 Einstellungen von Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärttern vorgesehen waren, sollen die Einstellungen im Jahr 2019 nochmals um weitere 100 auf 2.500 Einstellungen erhöht werden. Die NRW-Koalition hat somit die Anzahl der Einstellungen von künftigen Polizisten um 25 Prozent erhöht. Die Ausbildung von Nachwuchskräften ist dringend notwendig und ein weiterer wesentlicher Baustein zur Stärkung der Inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU FDP</p>	<p><b>Kapitel 03 110                      Polizei</b></p> <p><b>Titel 811 01                              Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">97.551.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">46.879.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">880.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">98.431.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Mit diesem Änderungsantrag werden Mittel für die Ertüchtigung der Polizeihubschrauber als Löschhubschrauber bei Großlagen, Waldbrand, etc. eingestellt.</p> <p>In besonderen Lagen, wie bspw. bei Großbränden oder Waldbränden, sollen zukünftig auch die landeseigenen Polizeihubschrauber mit einem schnellen Umbau zu Löschhubschraubern umgerüstet werden können. Hierzu ist die Ertüchtigung der Hubschrauber mit einer Halterung für sogenannte Bambi-Buckets geplant.</p> <p>Sofern die umgerüsteten Hubschrauber sowohl für einen Polizeieinsatz als auch für einen Unterstützungseinsatz als Löschhubschrauber angefordert werden, ist dem Polizeieinsatz der Vorrang einzuräumen.</p>		<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>	von	97.551.300 Euro	46.879.100 Euro	um	880.000 Euro		auf	98.431.300 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	ja
	<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																							
von	97.551.300 Euro	46.879.100 Euro																							
um	880.000 Euro																								
auf	98.431.300 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
FDP	ja																								
GRÜNE	ja																								
AfD	ja																								





		Verfahren als außergewöhnlich zeitaufwändig und personalintensiv darstellen. Dem hierdurch zu erwartenden Personalmehrbedarf soll durch die befristete Einrichtung von einer zusätzlichen Planstelle Rechnung getragen werden.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 04 210</b>                      <b>Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b> <b>Titel 428 01</b>                              <b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b> <b>2019</b>    <b>Ansatz lt. HH 2018</b> von        257.933.700 Euro                      232.764.200 Euro um            26.300 Euro auf        257.960.000 Euro</p> <p><b>Erhöhung der Stellenzahl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> Die Zahl der Stellen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer vgl. der Laufbahngruppe 1.2 wird von 4.155 um 1 auf 4.156 erhöht. Die Stelle ist mit einem kw-Vermerk zum 31.12.2020 versehen.</p> <p>von 4.155 vgl. der Laufbahngruppe 1.2 um        1 vgl. der Laufbahngruppe 1.2 (kw zum 31.12.2020) auf 4.156 vgl. der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes.</p> <p><b>Begründung:</b> Die neu einzurichtende Planstelle dient der personellen Verstärkung der Strafgerichtsbarkeit als Folge der beabsichtigten personellen Verstärkung der Staatsanwaltschaft Aachen zur zeitnahen, stringenten und effizienten Verfolgung der Straftaten, die als Resultat der eskalierten Situation im Hambacher Forst registriert werden mussten. Sie ist Folge der zugleich beantragten personellen Verstärkung des richterlichen Personals bei Kapitel 04 210 Titel 422 01.</p>	<p><b>einstimmig angenom- men</b></p> <p>CDU            ja SPD            ja FDP            ja GRÜNE       Enth. AfD            ja</p>



		hierdurch ausgelösten Personalmehrbedarf soll durch die befristete Einrichtung von 2 zusätzlichen Planstellen Rechnung getragen werden.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 04 215                    Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften</b> <b>Titel 428 01                        Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>57.773.800 Euro</td> <td style="text-align: center;">53.122.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>52.700 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>57.826.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Erhöhung der Stellenzahl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> Die Zahl der Stellen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer vgl. der Laufbahngruppe 1.2 wird von 1.045 um 2 auf 1.047 erhöht. Beide stellen sind mit einem kw-Vermerk zum 31.12.2020 versehen.</p> <p>von 1.045 vgl. der Laufbahngruppe 1.2 um 2 vgl. der Laufbahngruppe 1.2( kw zum 31.12.2020) auf 1.047 vgl. der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes.</p>			<b>Ansatz lt. HH 2018</b>		von	57.773.800 Euro	53.122.200 Euro		um	52.700 Euro			auf	57.826.500 Euro			<p><b>einstimmig angenom- men</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="width: 30%;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	Enth.	AfD	ja
		<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																											
von	57.773.800 Euro	53.122.200 Euro																											
um	52.700 Euro																												
auf	57.826.500 Euro																												
CDU	ja																												
SPD	ja																												
FDP	ja																												
GRÜNE	Enth.																												
AfD	ja																												

		<b>Begründung:</b> Die neu einzurichtenden Planstellen dienen der personellen Verstärkung des Servicebereiches bei der Staatsanwaltschaft Aachen als Folge der beantragten Verstärkung des staatsanwaltschaftlichen Personals bei Kapitel 04 215 Titel 422 01.	
--	--	---	--



**zum Haushaltsgesetz 2019**  
Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs-ergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 05 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Neuer Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</b></p> <p><b>Anbringung folgender Haushaltsvermerke:</b>  <i>Die hier veranschlagten Ausgaben sind für die Einrichtung der entsprechenden Planstellen in den Kapiteln 05 300 bis 05 410 vorgesehen.</i></p> <p>Einstellung eines Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"><b>2019</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">126.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">126.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Der Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion zur Angleichung der Besoldung aller Lehrkräfte auf A13 kostet laut Gesetzestext in seiner vollen Jahreswirkung rund 435 Mio. €.</p> <p>Da das Gesetz zum 1.8.2019 in Kraft treten soll würden sich Kosten von rund 181 Mio. € ergeben.</p> <p>Durch die hohe Anzahl der unbesetzten Stellen vor allem in den Bereichen Grundschule, Haupt- und Realschulen, scheint ein verminderter Ansatz für das Schuljahr 2019/2020 sinnvoll.</p>	<b>2019</b>		<b>Ansatz lt. HH 2018</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	126.700.000 Euro		auf	126.700.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
<b>2019</b>		<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	126.700.000 Euro																								
auf	126.700.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	nein																								





**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 05 300</b> <b>Titelgruppe 62</b> <b>Titel 686 62</b></p> <p style="text-align: center;"><b>2019</b></p> <p>von 3.166.700 Euro um 5.000.000 Euro auf 8.166.700 Euro</p> <p><b>Schule gemeinsam</b> <b>Medienberatung NRW, Lehren und Lernen in der digitalen Welt</b> <b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></p> <p style="text-align: right;">374.600 Euro</p> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Flächendeckender Rollout von LOGINEO NRW als digitale Arbeitsplattform an den Schulen in NRW</li> <li>2. Umsetzung von Förderprogrammen zur Digitalisierung der Schulen in NRW; mobile Digitalwerkstätten.</li> <li>3. Neben dem „Medienkompetenzrahmen NRW“ für Schülerinnen und Schüler erfolgt die Implementation eines Lehrerkompetenzrahmens „Bildung in einer digitalisierten Welt“ und es werden Veranstaltungen und Aktivitäten zum Lernen u. Lehren in einer digitalisierten Welt stattfinden.</li> </ol>	<p style="text-align: center;"><b>angenommen</b></p> <p>CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis										
	SPD	<p><b>Kapitel 05 300</b>      <b>Schule gemeinsam</b>  <b>Titelgruppe 66</b>      <b>Zuschüsse und Zuweisungen zur Förderung von Schülerwettbewerben, Schülerakademien, der Landesschülerpresse, Schulpartnerschaften und Schüleraustauschen</b></p> <p><b>Ergänzung des Haushaltsvermerkes Nr. 6:</b>  Dies gilt insbesondere für Studienfahrten von Referendarinnen und Referendaren zu Gedenkstätten.</p> <p><b>Begründung:</b>  Die Erhöhung für Schulfahrten zu Gedenkstätten war ein richtiges und wichtiges Signal. Mit dem Haushaltsvermerk soll gewährleistet sein, dass auch angehende LehrerInnen daran partizipieren können.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	ja
CDU	nein												
SPD	ja												
FDP	nein												
GRÜNE	ja												
AfD	ja												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p><b>Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung</b></p> <p><b>Titel 684 10 Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Karl-Arnold-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung sowie der Heinrich-Böll-Stiftung</b></p> <p>Ergänzung des Titelnamens: Um „<b>der Immanuel-Kant-Verein e.V.</b>“ nach der Friedrich-Naumann-Stiftung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2019</b></td> <td style="width: 50%;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> </tr> <tr> <td>von 2.109.500 Euro</td> <td>1.784.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 223.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.332.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Alternative für Deutschland (AfD) ist die viertgrößte politische Kraft in Nordrhein-Westfalen. Das haben die Landtags- und Bundestagswahlergebnisse des Jahres 2017 gezeigt. Die AfD ist sogar die drittgrößte politische Kraft in Deutschland. Deshalb hat auch eine parteinahe Stiftung der AfD auf Landesebene in Nordrhein-Westfalen einen Anspruch auf Zuschüsse. Die AfD-Fraktion im Landtag NRW sowie der Landesvorstand haben den Immanuel-Kant-Verein e.V., eingetragen im Vereinsregister</p>	<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>	von 2.109.500 Euro	1.784.500 Euro	um 223.000 Euro		auf 2.332.500 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																				
von 2.109.500 Euro	1.784.500 Euro																				
um 223.000 Euro																					
auf 2.332.500 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

		<p>des Amtsgerichts Bonn unter Nr. 10186, als parteinahe Stiftung anerkannt.</p> <p>Die entsprechenden Haushaltsmittel müssen vom Landtag im Haushalt vorgehalten werden, damit nach Prüfung durch die entsprechenden Stellen eine Auszahlung an diese parteinahe Stiftung überhaupt erfolgen kann. Alles andere würde einer massiven Ungleichbehandlung der AfD gleichkommen.</p> <p>Erklärung zum Verein:</p> <p>Der Verein hat uns folgende Informationen zukommen lassen, die wir gerne weitergeben:</p> <p>Der Verein ist gemeinnützig und als solches beim Finanzamt entsprechend anerkannt (Auszug aus der Satzung):</p> <p>"Der Immanuel-Kant-Verein e.V. verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen, und zwar insbesondere durch Förderung der demokratischen und staatsbürgerlichen Bildung sowie durch Förderung wissenschaftlicher Forschung."</p> <p>Der Zweck des Vereins ist u.a. (Auszug aus der Satzung):</p> <p>" Der Immanuel-Kant-Verein e.V. verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er wird insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• demokratische und staatsbürgerliche Bildung vermitteln,</li> <li>• Wissenschaft und Forschung fördern, insbesondere durch Vergabe von Forschungsaufträgen,</li> <li>• zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen,</li> <li>• Kunst und Kultur durch Veranstaltungen und Stipendien fördern,</li> <li>• der Öffentlichkeit die Ergebnisse ihrer Arbeit zugänglich machen.</li> </ul> <p>Alle Veranstaltungen des Vereins sind für die Allgemeinheit öffentlich zugänglich."</p>	
--	--	--	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungs-er- gebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 06 102      Fachbereiche Medizin und Universitätsklinika allgemein</b>  <b>Titelgruppe 63      Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die Universitätskli-  niken des Landes Nordrhein-Westfalen</b></p> <p><b>Titel 661 63          Schuldendiensthilfen</b></p> <p><b>Baransatz unverändert</b></p> <p><b>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</b></p> <p>von 192.000.000 Euro  um 25.300.000 Euro  auf 217.300.000 Euro</p> <p>mit Fälligkeiten in den Folgejahren in Höhe von jeweils 9.100.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Der Mittelansatz soll für 2019 bis zum Jahr 2043 um 8 Mio. EUR (von 25,4 Mio. EUR) auf 33,4 Mio. EUR erhöht werden. Mit der VE wird der entsprechende Kapitaldienst (Annuität) von zusätz-lichen Kreditaufnahmen für die genannte Laufzeit abgedeckt. Der Haushaltsansatz von 25,4 Mio.</p>	<p><b>einstimmig ange-  nommen</b></p> <p>CDU            ja  SPD            ja  FDP            ja  GRÜNE        ja  AfD            ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs-ergebnis
		<p>EUR wies eine bislang nicht ausgeschöpfte freie Spitze von 1,1 Mio. EUR auf, die noch die nächsten 24 Jahre bei Kapitel 06 102 Titel 661 63 veranschlagt sein wird. Die Erhöhung der VE um 25,3 Mio. EUR (23 Jahre `a rd. 1,1 Mio.) ist daher haushaltsneutral. Die Erhöhung ist deshalb sinnvoll, weil die Kreditaufnahmemöglichkeit für Bauinvestitionen der Universitätskliniken um rd. 20 Mio. EUR erhöht wird. Damit könnten dann rd. 170 Mio. EUR statt rd. 150 Mio. EUR Baumittel in 2019 mit demselben Verwaltungsaufwand generiert werden.</p>	

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
	SPD	<p><b>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titel 633 20 Kostenerstattung für die Elternbeitragsfreiheit nach § 21 Abs. 10 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 40%; text-align: center;">Haushalt 2019</th> <th style="width: 45%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2018</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">194.138.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">182.660.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">250.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">444.138.700 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die Antwort auf die Große Anfrage „Kita- und OGS-Gebühren sowie weitere finanzielle Entlastungen der Familien in NRW“ der SPD-Fraktion hat bestätigt: In NRW herrscht ein beispielloses Beitragschaos. Für Familien ist nicht nachvollziehbar, weshalb ihr Beitrag oftmals mehr von der Wahl des Wohnorts, statt von ihrem familiären Einkommen abhängt.  Diese Ungerechtigkeit ist ein weiteres Argument dafür, die KiTa komplett beitragsfrei zu machen, denn nur durch Beitragsfreiheit wie bereits im letzten Kita-Jahr praktiziert, können einheitliche Lebensverhältnisse geschaffen werden.  Wie die Schulbildung muss auch die frühkindliche Bildung kostenlos sein. In den ersten Jahren eines Menschenlebens werden die entscheidenden Weichen für die weitere Entwicklung gestellt. Sind KiTas gebührenfrei, ermöglicht dies allen Kindern den gleichen und gerechten Zugang zu frühkindlicher Bildung und somit echte Chancengleichheit für Kinder aus allen Familien, egal welcher Herkunft.  Die positive Haushaltslage gibt der Landesregierung die finanziellen Spielräume, KiTa-Beiträge sofort komplett abzuschaffen.</p>		Haushalt 2019	Ansatz lt. HH 2018	von	194.138.700 Euro	182.660.800 Euro	um	250.000.000 Euro		auf	444.138.700 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein  SPD            ja  FDP            nein  GRÜNE        nein  AfD            nein</p>
	Haushalt 2019	Ansatz lt. HH 2018													
von	194.138.700 Euro	182.660.800 Euro													
um	250.000.000 Euro														
auf	444.138.700 Euro														



		Familien sollen von der Belastung der KiTa-Beiträge befreit werden. Im Gegenzug sollen der kommunalen Familie keine Einnahmeverluste entstehen. Nach Auskunft der Kommunen beläuft sich die Höhe der eingenommenen Elternbeiträge auf rund 600 Millionen Euro jährlich. Beginnt die Beitragsfreiheit mit dem KiTa-Jahr 2019/2020, müsste das Land entsprechend 5/12 dieser Summe im Haushalt 2019 bereitstellen, d.h. 250 Millionen Euro.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
	SPD	<p><b>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</b>  <b>Titel 883 40 Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen für Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table border="1" data-bbox="477 667 1709 805"> <thead> <tr> <th></th> <th>Haushalt 2019</th> <th>Ansatz lt. HH 2018</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td>94.100.000 Euro</td> <td>- Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>5.900.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Anbringung einer Verpflichtungsermächtigung von 300.000.000 Euro mit den Fälligkeiten 100.000.000 Euro in den Jahren 2019-2022</b></p> <p><b>Begründung:</b>  Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Landesregierung in der Ergänzung zum Haushaltsgesetz 2019 nun 94,1 Millionen Euro für den KiTa-Aus- und Umbau eingestellt und den millionenschweren Bedarf an Investitionsmitteln in den Kommunen anerkannt hat.</p> <p>Diese Bundesmittel für flüchtlingsbedingte Bedarfe im Bereich Kinderbetreuung sind allerdings nur einmalig für 2019 vorgesehen. Das Land muss für die Kommunen und Träger beim Kita-Ausbau aber ein verlässlicher Partner sein. Ist der Landesregierung eine solide finanzierte KiTa-Landschaft wichtig, muss sie dauerhaft in den KiTa-Ausbau investieren. Deshalb etablieren wir ein Landesförderprogramm über 300 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre, das in Abstimmung mit den Kommunen bedarfsgerecht angepasst und weitergeführt werden muss, denn der Bedarf an KiTa-Plätzen wird weiter steigen.</p>		Haushalt 2019	Ansatz lt. HH 2018	von	94.100.000 Euro	- Euro	um	5.900.000 Euro		auf	100.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein  SPD           ja  FDP           nein  GRÜNE       ja  AfD           nein</p>
	Haushalt 2019	Ansatz lt. HH 2018													
von	94.100.000 Euro	- Euro													
um	5.900.000 Euro														
auf	100.000.000 Euro														

		Gründe dafür sind der Geburtenanstieg, hohe Zuzugsraten und die stetig wachsende Nachfrage an Betreuungsplätzen insbesondere für Unter-Dreijährige.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 07 090      Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</b> <b>Titel 633 40        Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p><b>2019</b> von    546.980.000 Euro um     100.000.000 Euro auf     699.980.000 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2018</b> 897.927.000 Euro</p> <p><b><u>Begründung:</u></b> Die Landesregierung hat bisher zugesagt, die FlÜAG Pauschalen nach der externen Evaluierung ansprechen anzuheben.</p> <p>Dafür war bisher vorgesehen, ein Teil der Integrationspauschale zu verwenden. Dies ist nun nicht mehr möglich.</p> <p>Eine Ansatzerhöhung sollte im Rahmen der finanziellen Spielräume aber geschehen, um den Kommunen deutlich zu machen, dass eine Anpassung erfolgt.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein SPD            ja FDP            nein GRÜNE        ja AfD            nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 08  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 08 300 Gleichstellung von Frauen und Männern</b>  <b>Titelgruppen 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen</b>  <b>Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale</b>  <b>und ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2019</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></span>  von 24.081.200 Euro  um 8.526.000 Euro  auf 32.607.200 Euro <span style="float: right;">23.681.200 Euro</span></p> <p><b>Begründung:</b>  Der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt und die Unterstützung bei Gewalterfahrungen müssen konsequent umgesetzt werden. Laut Empfehlungen des Europarates wird zur sicheren Unterbringung gewaltbetroffener Frauen eine Richtgröße von Plätzen für eine Familie pro 10.000 EinwohnerInnen vorgeschlagen. Folglich fehlen in NRW 1.218 Plätze. Um aber allen von Gewalt betroffenen Frauen entsprechende Schutzmöglichkeiten zu bieten, müssen diese fehlenden Plätze eingerichtet werden.  Der erhöhte Mitteleinsatz dient als Zuschuss an die Träger von Frauenhäusern für die Einrichtung neuer Frauenhausplätze.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein  SPD        ja  FDP        nein  GRÜNE    Enth.  AfD        Enth.</p>



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
		Die bereits 2018 begonnene Aufstockung der Mittel für den Denkmalschutz soll dauerhaft fortgesetzt werden, um die sich zeigenden positiven Effekte fortzuführen. Damit stehen in der Titelgruppe insgesamt 13 Mio Euro jährlich für denkmalpflegerische Maßnahmen zur Verfügung.	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 08  
zum Haushalt 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 08 600 Bauen</b>  <b>NEUER Titel 685 13 Zuweisungen für die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft</b></p> <p><i>Anbringung eines Baransatzes von 20.000.000 Euro</i></p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Nach dem Verkauf der landeseigenen Wohnungsgesellschaft LEG durch die schwarz-gelbe Landesregierung im Jahr 2008 zeigt sich immer mehr, dass das Land zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum eine eigene operative Einheit, sprich eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft (LWG), braucht. Es darf nicht nur den Marktkräften überlassen werden, die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen. Das zeigt die Situation auf dem Wohnungsmarkt in NRW eindringlich.</p> <p>Zur Umsetzung des bereits veröffentlichten Konzepts einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft (LWG) braucht es eine angemessene Anschubfinanzierung, die den Eintritt in das operative Geschäft ermöglicht.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein            SPD        ja            FDP        nein            GRÜNE    ja            AfD        nein</p>



**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 08  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag	Abstimmungser- gebnis
	CDU/ FDP	<p><b>Kapitel 08 700                      Dorferneuerung und ländliche Siedlung</b>  <b>Neue Titelgruppe 75   Landesprogramm Dorferneuerung</b></p> <p><b>Folgende Haushaltsvermerke sind auszubringen:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Rückflüsse fließen den Ausgaben zu.</li> <li>2. Die Ausgaben der Titelgruppen sind gegenseitig deckungsfähig.</li> <li>3. Die bei Titel 633 75 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung darf auch zu Gunsten der an- deren Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.</li> <li>4. Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an ande- rer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO)</li> </ol> <p><b>Neuer Titel    633 75 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>  <b>Baransatz 2019</b></p> <p>von                                      0 Euro  um                                        5.000.000 Euro  auf                                        5.000.000 Euro</p>	<p><b>einstimmig ange- nommen</b></p> <p>CDU                      ja  SPD                      ja  FDP                        ja  GRÜNE                Enth.  AfD                        Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		<p><b>Neue Verpflichtungsermächtigung (VE) bei Titel 633 75</b></p> <p><b>VE 2019</b></p> <p>von 0 Euro  um 15.000.000 Euro  auf 15.000.000 Euro</p> <p>davon fällig: 2020: 10.000.000 Euro  2021: 3.000.000 Euro  2022: 2.000.000 Euro</p> <p><b>Neuer Titel 686 75 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Ansatz 0 Euro</p> <p><b>Neuer Titel 883 75 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Ansatz 0 Euro</p> <p><b>Neuer Titel 893 75 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</b></p> <p>Ansatz 0 Euro</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		<p><b>Begründung:</b></p> <p>Die ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen mit ihren zahlreichen Dörfern und dörflich geprägten Kommunen sind Lebens- und Wirtschaftsräume für nahezu die Hälfte der Einwohner des Landes.</p> <p>Obwohl im EU-Vergleich auf nationaler Ebene und innerhalb von Nordrhein-Westfalen relativ gute Entwicklungsdaten mit hoher Lebensqualität und geringer Arbeitslosigkeit zu messen sind, zeichnen sich kritische Trends ab, die die ländlichen Gemeinden und Regionen vor Herausforderungen stellen werden. So führt der Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung der Jüngeren sowie Überalterung der verbliebenen Dorfbevölkerung zum Wegbrechen der lokalen Infrastruktur im Bereich der alltäglichen Daseinsvorsorge sowie häufig auch zur Erosion der sozialen Infrastruktur sowie des sozialräumlichen Zusammenhalts im Dorf. Durch den Wegfall von Läden, Gaststätten oder sonstigen Gemeinschaftseinrichtungen finden sich kaum noch Orte der Begegnung in den Dörfern und ländlichen Gemeinden. Auch führt der Bevölkerungsrückgang in vielen ländlichen Gemeinden zu Leerstand und/ oder dem langsamen Verfall von Gebäuden. Leerstehende und baufällige Gebäude haben negative Auswirkungen auf das Ortsbild und der Identifikation die</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		<p>Bevölkerung mit ihrem Lebensumfeld. Von den Eigentümern ist die Sanierung einer aufgrund des Bevölkerungsrückgangs im ihrem Wert gesunkenen Immobilie selten vollumfänglich darstellbar.</p> <p>Unser Ziel ist es dauerhaft eine nachhaltige und zukunftsbeständige Entwicklung der Dörfer und ländlichen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen und diese als eigenständige Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturräume zu erhalten und weiterzuentwickeln. Hier für sollen die zusätzlich bereitgestellten Mittel genutzt werden. Sie sollen in die Errichtung und den Erhalt von Treffpunkten und Begegnungsstätten fließen, um so ein lebendiges Dorf- und Gemeinschaftsleben zu sichern. Ebenso sollen die Mittel in den Erhalt ortsbildprägender Bausubstanz sowie die Gestaltung des öffentlichen Raumes in den Ortskernen (u.a. Anlage und Umgestaltung von Plätzen, Grün- und Freiraumgestaltung) fließen, um so die Aufenthaltsqualität zu verbessern und die städtebauliche Funktion der Ortskerne zu erhöhen.</p>	

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</b>  <b>Titelgruppe 74 Ausbildungsverkehr-Pauschalen nach §11a ÖPNVG NRW</b></p> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerkes:</b>  <i>3. 5 Millionen Euro sind für die Förderung des Azubitickets zu verwenden</i></p> <p><b>Begründung:</b>            Die von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Ergänzung der Erläuterungen, um deutliche zu machen, dass die Erhöhung von 5 Mio. € für das Azubiticket zu verwenden sind, ist für den Haushaltsvollzug nicht bindend.</p> <p>Daher ist ein verbindlicher Haushaltsvermerk anzubringen.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein            SPD            ja            FDP            nein            GRÜNE        ja            AfD            Enth.</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsentwurf 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 09 140 Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau</b>  <b>Titel 883 14 Zuweisungen nach Artikel 13 des Förderalismusreform-Begleitgesetzes (Entflechtungsgesetz) für Straßenbaumaßnahmen der Gemeinden und Kreise</b></p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;"><b>2019</b></td> <td style="width: 35%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">115.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">115.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">30.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">145.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aufgrund des unverändert hohen Bedarfs der Kommunen an Fördermitteln in diesem Bereich und zur kontinuierlichen Fortführung der bewilligten Fördermaßnahmen ist eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung erforderlich.</p>		<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>		von	115.000.000 Euro	115.000.000 Euro		um	30.000.000 Euro			auf	145.000.000 Euro			<p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	nein	AfD	ja
	<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																											
von	115.000.000 Euro	115.000.000 Euro																											
um	30.000.000 Euro																												
auf	145.000.000 Euro																												
CDU	ja																												
SPD	ja																												
FDP	ja																												
GRÜNE	nein																												
AfD	ja																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09  
zum Haushaltsentwurf 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 09 160      Angelegenheiten der Mobilität, Digitalisierung und Vernetzung</b></p> <p><b>Titelgruppe 65      Mobilitätskonzepte und verkehrsmittelübergreifende Mobilität</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Haushaltsvermerks Nr. 7: Abweichend von § 25 Abs. 2 HHG sind die Ausgaben der Titelgruppe auch für Ausgaben der Titelgruppe 63 in Kapitel 09 010 einseitig deckungsfähig.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Landtag hat auf Initiative der NRW-Koalition mit dem Beschluss „Neustart in der Verkehrspolitik – Gemeinsam die Zukunft der Mobilität gestalten“ die Absicht erklärt, die neue Mobilität in Nordrhein-Westfalen zu fördern und umzusetzen. Darüber hinaus wurden für den Haushalt 2018 Mittel zum Aufbau einer Abteilung im Verkehrsministerium bereitgestellt, die das Thema vorantreiben soll und deren zentrale Aufgabe ist, Einrichtungen, Projekte und Initiativen bei der Forschung und Erprobung neuer Technologien, aber auch beim Einsatz neuer Mobilitätsangebote zu unterstützen.</p> <p>Durch die Schaffung einer deckungsverpflichtenden Haushaltsposition können die Mittel bei der deckungsberechtigten Haushaltsposition – den Zuschüssen zur Umsetzung des Europäischen Fonds Regionale Entwicklung (EFRE) – haushaltneutral erhöht werden. Dies entspricht der Prioritätensetzung der NRW-Koalition.</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>CDU      ja SPD      ja FDP      ja GRÜNE    Enth. AfD      Enth.</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 10 030      Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege</b></p> <p><b>Titel 537 12        Werkverträge für ein Anreizsystem Wildschweinbejagung</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Haushaltsvermerks: „Siehe Deckungsvermerk bei Kap. 10 400 Titel 511 01“</p> <p><b>Begründung:</b> Zur weiteren Erforschung und Prävention der afrikanischen Schweinepest (ASP) durch das LANUV sind zusätzliche Haushaltsmittel von bis zu 1.000.000 EUR im Kapitel 10 400 Titel 511 01 erforderlich.</p> <p>(vgl. Antrag zu Kapitel 10 400 Titel 511 01)</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>CDU            ja SPD            Enth. FDP            ja GRÜNE        ja AfD            ja</p>



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</b></p> <p><b>Titel 511 01 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Haushaltsvermerks: „3. Die Ausgaben dürfen bis zu 1.000.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 10 030 Titel 537 12 überschritten werden, soweit diese Mittel zugunsten der Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung verwendet werden.“</p> <p><b>Begründung:</b> Die Entwicklung des Seuchengeschehens der afrikanischen Schweinepest (ASP) in den östlichen EU-Nachbarländern und in Belgien bedroht die Wildtiere sowie die Tierhaltung in NRW. Eine Ausweitung des Finanzierungsrahmens in Höhe von bis zu 1.000.000 EUR ist zur weiteren Erforschung und Prävention der Seuche erforderlich. Der ausgebrachte Deckungsvermerk dient diesem Zwecke.</p> <p>(vgl. Antrag zu Kapitel 10 030 Titel 537 12)</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE ja AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11**

**zum Haushaltsgesetz 2019**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b>  <b>Titel 427 01        Entgelt für Aushilfen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td></td> <td align="center"><b>2019</b></td> <td align="center"><b>2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td align="right">439.300 Euro</td> <td align="right">439.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td align="right">161.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td align="right">278.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>            In 2018 war eine Erhöhung aufgrund der Ausrichtung der Arbeits- und Gesundheitsministerkonferenz angebracht.</p> <p>Trotz diesem Wegfall ist der Ansatz in 2019 überrollt worden. Das Ministerium selbst hat angegeben, keine Planungen für die zusätzliche Mittel zu haben.</p> <p>Daher ist eine Absenkung auf das Niveau von 2017 angebracht.</p>		<b>2019</b>	<b>2018</b>	von	439.300 Euro	439.300 Euro	um	161.300 Euro		auf	278.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table border="0"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																							
von	439.300 Euro	439.300 Euro																							
um	161.300 Euro																								
auf	278.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis										
	SPD	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b>  <b>NEUER Titel 632 30 Landesanteil für die Berufseinstiegsbegleitung</b></p> <p><b>Anbringung eines Baransatzes von 15.000.000 €</b></p> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Der Bund hat angekündigt, sich aus der Kofinanzierung im Bereich der Berufseinstiegsbegleitung zurückzuziehen.  Die laufende Umsetzung der Berufseinstiegsbegleitung in Nordrhein-Westfalen wird jeweils hälftig durch Haushaltsmittel der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie durch ESF-Mittel des Bundes finanziert. Der erforderliche jährliche Finanzbedarf beträgt ca. 30 Mio. €. Um bereits ab dem Jahr 2019 eine Weiterfinanzierung der Projekte sichern zu können, sollen die Landesmittel im Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden, um eine hälftige Beteiligung des Landes abzusichern.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
CDU	nein												
SPD	ja												
FDP	nein												
GRÜNE	ja												
AfD	nein												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b></p> <p><b>Titelgruppe 60 Förderung der Infrastruktur überbetrieblicher Ausbildungsstätten</b></p> <p><b>Titel 893 60 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes <b>2019</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></span></p> <p>von 4.000.000 Euro <span style="float: right;">4.000.000 Euro</span> um 4.000.000 Euro auf 8.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Eine berufliche Ausbildung bietet die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Um den komplexer werdenden Anforderungen der Berufsbilder und der Spezialisierung einzelner Unternehmen auf Teilbereiche einer Tätigkeit Rechnung zu tragen und sicherzustellen, dass junge Menschen in allen Bereichen eines Berufes tätig werden können, ist es notwendig, einzelne Inhalte eines Berufes in überbetrieblichen Lehrwerkstätten zu unterrichten. Diese Einrichtungen müssen allerdings zeitgemäß ausgestattet sein. Die zusätzliche Bereitstellung von Mitteln zur Modernisierung der Einrichtungen ist eine Investition in die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit der dualen Ausbildung und unserer Betriebe, die gemeinsam mit dem Bund erfolgt. Neben der derzeitigen Ausrichtung auf das Handwerk sollen auch die Ausbildungsstätten von Industrie und Landwirtschaft von der Förderung profitieren.</p>	<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <p>CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE ja AfD Enth.</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut</b></p> <p><b>Titelgruppe 95 Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung</b></p> <p><b>Titel 686 95 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2019</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> </tr> <tr> <td>von 5.120.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.120.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 8.120.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung</b> Obdachlosigkeit ist ein weiterhin zunehmendes Problem. In Nordrhein-Westfalen waren 2017 mehr als 32000 Personen als wohnungslos gemeldet. Die Zahl der wohnungslosen Personen war damit gegenüber dem Vorjahr erneut gestiegen, um fast 29%. Bereits von 2015 auf 2016 hatte die Zahl der erfassten wohnungslosen Personen deutlich um rund 15% zugenommen. Besondere Bedeutung kommt neben dem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (rund 45 %, hier ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von knapp 10% zu verzeichnen) vor allem auch der Gruppe der Frauen (rund 25% aller wohnungslos gemeldeten Personen) und der Kinder (14% der Wohnungslosen waren unter 18 Jahre alt. Dieser Anteil ist gegenüber 2016 von 8% deutlich gestiegen). Obdachlosigkeit ist zwar auf den ersten Blick vor allem ein Problem der größeren Städte. Dies liegt aber häufig auch an den bereits vorhandenen Unterstützungs- und</p>	<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>	von 5.120.000 Euro	5.120.000 Euro	um 3.000.000 Euro		auf 8.120.000 Euro		<p><b>einstimmig angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	ja
<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																				
von 5.120.000 Euro	5.120.000 Euro																				
um 3.000.000 Euro																					
auf 8.120.000 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	ja																				
FDP	ja																				
GRÜNE	ja																				
AfD	ja																				

		Hilfsangeboten, die auch Betroffene aus dem Umkreis anziehen. Gegen eine weitere Zunahme der Obdachlosigkeit in Nordrhein-Westfalen müssen daher insbesondere die Ursachen in den Blick genommen werden.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut</b>  <b>Titelgruppe 95 Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung</b>  <b>Titel 686 95 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <p><b>2019</b></p> <p>von 5.120.000 Euro  um 25.000.000 Euro  auf 30.120.000 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2018</b></p> <p>5.120.000 Euro</p> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Die Gelder dienen dazu, Konzepte zur Einführung einer Kindergrundsicherung zu entwickeln. Im Ergebnis soll es gelingen, anhand von Modellprojekten zu belegen, dass ausgehend von NRW eine bundesweite Einführung einer Kindergrundsicherung möglich ist. Daneben sollen die Mittel der Schaffung weiterer Optimierungsansätze der kindbezogenen Transferleistungen und ihrer Entbürokratisierung dienen.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD ja  FDP nein  GRÜNE nein  AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 11 070 Krankenhausförderung</b></p> <p><b>Einrichtung einer neuen Titelgruppe</b></p> <p><b>Titelgruppe 71 Sofortprogramm Krankenhausinvestitionen NRW</b></p> <p><b>Einrichtung neuer Titel: 623 71 Schuldendiensthilfe für das Sofortprogramm Krankenhausinvestitionen NRW</b></p> <p><b>Anbringung eines Baransatzes von 25.000.000 €</b></p> <p><b>Begründung:</b> Die Mittel werden als Schuldendiensthilfen für ein künftiges unterstützen- des Investitionsprogramm unter Beteiligung der NRW.Bank (analog zu „Gute Schule 2020“) in den Haushalt eingestellt.</p> <p>Dadurch soll ein Investitionsschub in den Krankenhäusern ausgelöst wer- den, um den bestehenden Investitionsstau sukzessive abzubauen.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    Enth. AfD        ja</p>



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b></p> <p><b>Titelgruppe 75 Gesundheitswirtschaft, Telematik, Versorgungsfor- schung und –strukturentwicklung und Vorsorge im Gesundheitswesen, Weiterentwicklung des Gesund- heitscampus</b></p> <p><b>Titel 686 75 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes <b>2019</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></span></p> <p>von 4.250.400 Euro <span style="float: right;">4.100.400 Euro</span> um 2.000.000 Euro auf 6.250.400 Euro</p> <p><b>Begründung</b> Die Digitalisierung kann für Nordrhein-Westfalen großes Potential heben, ge- rade auch dort, wo klassische Strukturen mehr und mehr an ihre Leistungsgren- zen stoßen. Die Versorgung der Patienten kann nicht nur gesichert, sondern auch deutlich verbessert werden. Bislang wurden in vielen unterschiedlichen Bereichen des Gesundheitswesens, von der Prävention insbesondere in der Versorgung bis hin zur Rehabilitation teils sehr erfolgreiche Pilotprojekte gefördert. Das Ziel soll aber sein, die gesammelten Erfahrungen aus dem Projektstatus endlich in die Fläche zu übertragen um die Spitzenmedizin in Nordrhein-West- falen allen Patienten, unabhängig von ihrem Wohnort, zugänglich zu machen. Dazu ist die sektoren- und auch professionen-übergreifende Vernetzung inner- halb des Gesundheitswesens essentiell.</p>	<p><b>einstimmig angenom- men</b></p> <p>CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE ja AfD ja</p>



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	CDU FDP	<b>Kapitel 14 500</b> <b>Titelgruppe 73</b>  <b>Titel 686 73</b>  Erhöhung des Baransatzes  <b>2019</b>  von 800.000 Euro um 1.000.000 Euro auf 1.800.000 Euro  <b>Begründung:</b> Endverbraucher sollen in einem unterversorgten Mischgebiet, welches bisher keine Förderung erhalten hat oder wo ein Ausbau in den nächsten Jahren nicht zu erwarten ist, für Investitionen in einen gigabitfähigen Anschluss Fördermittel in Form eines Gutscheins erhalten. Diese können für den Hausanschluss (à 500 Euro pro Haus) genutzt werden. Bei der Ausgestaltung sollen Dopplungen zu den bestehenden Förderrichtlinien und Einschränkungen in der Wettbewerbssituation vermieden werden. Antragsberechtigt sind gewerbliche und nichtgewerbliche Endkunden, die den Anschluss verlegen lassen. Das ausbauende Unternehmen kann die Voucher bei den Endverbrauchern „einsammeln“ und nach der Herstellung eines funktionsfähigen neuen Anschlusses des Gebäudes (mit Open-Access-Zugang) geltend machen.	<b>Digitales</b> <b>Unterstützung von Freifunkinitiativen und</b> <b>Bürgerbreitbandprojekten</b> <b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im</b> <b>Inland</b>  Erhöhung des Baransatzes  <b>2019</b>  Ansatz lt. HH 2018  0 Euro	<b>einstimmig angenommen</b>  CDU ja SPD ja FDP ja GRÜNE ja AfD Enth.	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2019  
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titelgruppe 60 Strukturhilfe für vom Braunkohletagebau geprägte Gebiete</b></p> <p><b>Titel 686 60 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2019</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>2.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>25.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>27.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Einsetzung eines Zukunftsfonds zur Umsetzung zentraler Strukturwandelprojekte, der insbesondere die Finanzierung eines Flächenpools, die Technologietransfer- und Clusterförderung für ausgewählte Branchen der Energie- Bioökonomie sowie dazu gehöriger begleitender Wissenschaftsinfrastruktur zählt.</p>	<b>2019</b>		<b>Ansatz lt. HH 2018</b>	von	2.000.000 Euro	1.250.000 Euro	um	25.000.000 Euro		auf	27.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
<b>2019</b>		<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																							
von	2.000.000 Euro	1.250.000 Euro																							
um	25.000.000 Euro																								
auf	27.000.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 14 730</b>      <b>Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands</b></p> <p><b>Titelgruppe 64</b>      <b>Förderung des Handwerks und der Freie Berufe und Genossenschaften</b></p> <p><b>Titel 686 64</b>      <b>Förderung des Handwerks und der Genossenschaften</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2019</b>      <b>Ansatz lt. HH 2018</b></p> <p>von      4 148 800 Euro      4 398 800 Euro um      1 000 000 Euro auf      5 148 800 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Stärkung der Förderung von Innovation, Digitalisierung, Gründungen sowie Unternehmensnachfolgen in Mittelstand und Handwerk.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>CDU      ja SPD      ja FDP      ja GRÜNE      ja AfD      nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																								
	SPD	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titelgruppe 70 Strukturhilfe für Steinkohlerückzugsgebiete</b></p> <p><b>Titel 686 70 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2019</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> </tr> <tr> <td>von 15.664.000 EUR</td> <td style="text-align: right;">5.500.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>um 2.000.000 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 17.664.000 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">von 13.400.000 EUR</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> <tr> <td>um 24.500.000 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 37.900.000 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p>Mit den Fälligkeiten 3.500.000 EUR in den Jahren 2020-2027</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Für die Planungs- und Durchführungskosten der Internationalen Gartenausstellung Metropole Ruhr, deren Unterstützung die Landesregierung mit ihrem Kabinettsbeschluss vom 10. Juli 2018 zugesagt hat, sind entspre-</p>	<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>	von 15.664.000 EUR	5.500.000 EUR	um 2.000.000 EUR		auf 17.664.000 EUR		von 13.400.000 EUR		um 24.500.000 EUR		auf 37.900.000 EUR		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																										
von 15.664.000 EUR	5.500.000 EUR																										
um 2.000.000 EUR																											
auf 17.664.000 EUR																											
von 13.400.000 EUR																											
um 24.500.000 EUR																											
auf 37.900.000 EUR																											
CDU	nein																										
SPD	ja																										
FDP	nein																										
GRÜNE	ja																										
AfD	nein																										

		chende Landeszuschüsse notwendig. Die dafür vorgelegten Projektplanungen des RVR und der teilnehmende Kommunen sind in Abstimmung mit dem Land. Um für die entsprechende Planungssicherheit bei der Vorbereitung des Projektes zu sorgen, müssen entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt werden.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 443 02 Unterstützung aufgrund der</b>  <b>Unterstützungsgrundsätze</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">500.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden im letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit dieser Ansatz abgesetzt.</p>		<b>2019</b>	<b>2018</b>	von	500.000 Euro	500.000 Euro	um	500.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																							
von	500.000 Euro	500.000 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	- Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	Enth.																								



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020</b> <b>Titel 461 10</b></p> <p><b>Allgemeine Bewilligungen</b> Zur Verstärkung der Ansätze für die Personalausgaben bei Titeln der Obergruppe 41, 43, 44 und 45 in den Einzelplänen, zur Verstärkung von Ansätzen bei Titeln der Hauptgruppe 6 in den Versorgungskapiteln der Einzelpläne sowie nach Maßgabe der Vermerke Nr. 5-7 zur Verstärkung der Ansätze für Zuschüsse an Landesbetriebe, Hochschulen und Universitätsklinken</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;"><b>2019</b></th> <th style="text-align: center;"><b>2018</b></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">91.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">91.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">91.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b> Dieser Titel ist in den letzten Jahren nie in Anspruch genommen worden, sondern immer in die Globale Minderausgabe geflossen.</p> <p>Daher scheint eine Absenkung des Ansatzes sachgerecht und dient der Haushaltsklarheit.</p>		<b>2019</b>	<b>2018</b>	von	91.000.000 Euro	91.000.000 Euro	um	91.000.000 Euro		auf	0 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tbody> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </tbody> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																							
von	91.000.000 Euro	91.000.000 Euro																							
um	91.000.000 Euro																								
auf	0 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Neuer Titel</b>  <b>Titel 462 40 Minderausgaben für Personalausgaben in den Ministeriumskapitel aller Einzelpläne</b></p> <p><b>Haushaltsvermerk:</b>  Der Minderausgabe ist in den Kapiteln 02 010, 03 010, 04 010, 05 010, 06 010, 07 010, 08 010, 09 010, 10 010, 11 010, 12 010 sowie 14 010 zu erwirtschaften.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">2019</th> <th style="text-align: center;">2018</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">27.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">-27.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b>  Mit dem Haushaltsentwurf 2019 sind alleine in den Ministeriumskapitel 55 neue Stellen vorgesehen. Somit hat diese Landesregierung seit Regierungsantritt im Saldo 452 Stellen geschaffen. Dies entspricht fast zwei ganzen Ministerien.</p> <p>Da auch bisher keine Angaben gemacht wurden, wie die 139 Regierungsstellen aus dem Nachtrag gegenfinanziert werden sollen, obwohl es Minis-</p>		2019	2018	von	-	-	um	27.500.000 Euro		auf	-27.500.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%;"> <tbody> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </tbody> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
	2019	2018																							
von	-	-																							
um	27.500.000 Euro																								
auf	-27.500.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	Enth.																								

		ter Lienenkämpfer angekündigt hat, soll dieser Titel dazu dienen, den geschätzten Betrag der Hälfte der Stellen zu erwirtschaften. Da die Stellen zumeist der höheren Besoldungsgruppen angehören, scheint der Betrag von 27,5 Mio. € realistisch, ohne das es zu Qualitätsverlusten bei der politischen Arbeit kommt.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 462 20 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <thead> <tr> <th style="width: 10%;"></th> <th style="width: 45%; text-align: center;">2019</th> <th style="width: 45%; text-align: center;">2018</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">-200.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">-433.000.000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">300.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">-500.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b> Im Vollzug des Haushaltes 2017 wurden Personalminderausgaben von rund 759 Mio. € erwirtschaftet. Im Nachtragshaushalt 2018 wurden Minderausgaben noch einmal um 128 Mio. € erhöht, da sich abzeichnet, dass die Personalausgaben weiter unter Plan liegen. Auch der Verstärkungsansatz im Personalbereich wurde um nochmal 300 Mio. € gesenkt.</p> <p>In diesem Haushalt werden nochmal zusätzlich mehr als 1000 neue Stellen geschaffen. Gerade im Lehrerbereich stellt sich weiter die Frage, wie die Besetzungsproblematik angegangen werden soll, da die zuständige Ministerin dafür weiterhin keine überzeugenden Konzepte vorgelegt hat.</p>		2019	2018	von	-200.000.000 Euro	-433.000.000	um	300.000.000 Euro		auf	-500.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tbody> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </tbody> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
	2019	2018																							
von	-200.000.000 Euro	-433.000.000																							
um	300.000.000 Euro																								
auf	-500.000.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2018**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 517 00 Zur Verstärkung der Ansätze bei Titeln der Gruppe 517 in den Einzelplänen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit dieser Ansatz abgesetzt.</p>		<b>2019</b>	<b>2018</b>	von	5.000.000 Euro	5.000.000 Euro	um	5.000.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																							
von	5.000.000 Euro	5.000.000 Euro																							
um	5.000.000 Euro																								
auf	- Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 518 10 Zur Verstärkung der Ansätze bei den Titeln 518 01 und 518 04 in den Einzelplänen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen.  Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit  dieser Ansatz abgesetzt.</p>		<b>2019</b>	<b>2018</b>	von	500.000 Euro	500.000 Euro	um	500.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																							
von	500.000 Euro	500.000 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	- Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 529 00 Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Ansätze für Verfügungsmittel der Ministerpräsidentin, der Ministerinnen und Minister</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit dieser Ansatz abgesetzt.</p>		<b>2019</b>	<b>2018</b>	von	100.000 Euro	100.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																							
von	100.000 Euro	100.000 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	- Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 531 00 Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen.  Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit  dieser Ansatz abgesetzt.</p>		<b>2019</b>	<b>2018</b>	von	3.000.000 Euro	3.000.000 Euro	um	3.000.000 Euro		auf	- Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																							
von	3.000.000 Euro	3.000.000 Euro																							
um	3.000.000 Euro																								
auf	- Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	Enth.																								



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Nachtragshaushalt 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 359 00 Entnahme aus allgemeiner Rücklage</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">150.000.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">- Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">215.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">365.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>            Es scheint angemessen, die Rücklage im Jahr 2019 vollständig aufzulösen, da keine sachliche Notwendigkeit für die Bildung eines solchen Sparstrumpfes besteht.</p>		<b>2019</b>	<b>2018</b>	von	150.000.000 Euro	- Euro	um	215.000.000 Euro		auf	365.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	nein
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																							
von	150.000.000 Euro	- Euro																							
um	215.000.000 Euro																								
auf	365.000.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	nein																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20  
im Haushalts- und Finanzausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
20/	CDU FDP	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 971 00        Globale Mehrausgaben</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes  <span style="float: right;"><b>2019</b></span></p> <p>von                      7.000.000 Euro  um                        1.000.000 Euro  auf                        8.000.000 Euro</p> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Herstellung des Haushaltsausgleichs.</p>	<p><b>angenommen</b></p> <p>CDU      ja  SPD      Enth.  FDP      ja  GRÜNE   ja  AfD      Enth.</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 971 00 Globale Mehrausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2019</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;"><b>2018</b></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>7.000.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>7.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>In den Vorjahren wurde dieser Titel nie ausgeschöpft. Daher sind die 7 Mio. € entbehrlich.</p>	<b>2019</b>		<b>2018</b>		Von	7.000.000 Euro	-		um	7.000.000 Euro			auf	0 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
<b>2019</b>		<b>2018</b>																											
Von	7.000.000 Euro	-																											
um	7.000.000 Euro																												
auf	0 Euro																												
CDU	nein																												
SPD	ja																												
FDP	nein																												
GRÜNE	Enth.																												
AfD	Enth.																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 972 00 Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">-761.490.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">-781.490.600</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">88.509.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">-850.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Im Nachtragshaushalt 2018 werden die Globalen Minderausgaben in allen Einzelplänen nochmal um 65 Mio. € erhöht.</p> <p>Bei immer weiter ansteigendem Haushaltsvolumen und einer erwirtschafteten Globalen Minderausgabe von über 850 Mio. € in 2017 scheint eine maßvolle Erhöhung sinnvoll.</p>		<b>2019</b>	<b>2018</b>	von	-761.490.600 Euro	-781.490.600	um	88.509.400 Euro		auf	-850.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	Enth.	AfD	Enth.
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																							
von	-761.490.600 Euro	-781.490.600																							
um	88.509.400 Euro																								
auf	-850.000.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	Enth.																								
AfD	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20  
zum Haushalt 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis										
	SPD	<p><b>Kapitel 20 030 Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbände (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</b></p> <p><b>NEUER Titel 613 17 Zuweisungen an Gemeinden gem. §19a GFG 2019 zur Abmilderung der Wirkungen der Strukturveränderungen bei der Bedarfsermittlung für die Bemessung der Schlüsselzuweisungen (Abmilderungshilfen)</b></p> <p><i>Anbringung eines Baransatzes von 36.000.000 €</i></p> <p><i>Anbringung folgender Haushaltsvermerke:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 613 26 geleistet werden.</i></li> <li>2. <i>Ferner dürfen abweichend von § 45 Abs. 2 LHO Ausgaben aus Ausgabenreste geleistet werden, die bei Titel 613 26 gebildet worden sind.</i></li> <li>3. <i>Ausgaben nach Maßgabe der Vermerke Nr. 1 und 2 dürfen bis zur Höhe von insgesamt 30 Mio. € geleistet werden.</i></li> </ol> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Landesregierung hat das GFG teilweise durch eine Reduzierung des Soziallastenansatzes umgestellt. Dadurch entstehen teilweise Verwerfungen innerhalb der Städte und Gemeinden.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
CDU	nein												
SPD	ja												
FDP	nein												
GRÜNE	ja												
AfD	nein												

		<p>Zur Abmilderung sollen, analog zu einer Regelung in 2012, sog. Abmilderungshilfen gewährt werden. Die Finanzierung erfolgt zum einen haushaltsneutral aus Resten und Rückflüssen der Steuerverbünde in den vergangenen Jahren im Titel 613 26. Die Höhe liegt bei etwa 30 Mio. €.</p> <p>Der andere Teil erfolgt durch die Anbringung eines Ansatzes von 36 Mio. €. Damit entspricht dies in etwa der Höhe aus dem Jahre 2012.</p>	
--	--	---	--



**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20  
im Haushalts- und Finanzausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
20/	CDU FDP	<p><b>Kapitel 20 650      Schuldenverwaltung</b> <b>Titel 575 10        Zinsen für Kreditmarktmittel</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes <b>2019</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></span></p> <p>von                    2.412.500.000 Euro <span style="float: right;">2.442.919.500 Euro</span> um                     27.500.000 Euro auf                    2.385.000.000 Euro</p> <p><b><u>(Begründung:</u></b> Im Haushaltsplanentwurf 2019 belief sich der Ansatz auf 2.435 Mio. Euro. Nach Rückkopplung mit dem Ministerium der Finanzen hat sich bei dieser Haushaltsstelle gegenüber dem Entwurf zwischenzeitlich ein Absenkungspotenzial in Höhe von insgesamt 50 Mio. Euro ergeben. Zur Deckung der Mehrausgaben, welche aus Haushaltsänderungsanträgen der Regierungsfaktionen zur 2. Lesung resultierten, ist bereits eine Absenkung um 22,5 Mio. Euro erfolgt. Mithin steht für eine weitere Absenkung noch ein Betrag von 27,5 Mio. Euro zur Verfügung.)</p>	<p><b>einstimmig ange- nommen mit den inhaltsgleichen An- trägen der Fraktion der SPD und der Fraktion der AfD (ohne Begründung)</b></p> <p>CDU            ja SPD            ja FDP            ja GRÜNE        ja AfD            ja</p>



**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																
	SPD	<p><b>Kapitel 20 650      Schuldenverwaltung</b> <b>Titel 575 10        Zinsen für Kreditmarktmittel</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2018</b></td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.412.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.442.919.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">27.500.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.385.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>(Begründung:</u></b> Nach Auskunft des Ministeriums der Finanzen kann dieser Ansatz entsprechend gesenkt werden.)</p>		<b>2019</b>	<b>2018</b>		von	2.412.500.000 Euro	2.442.919.500 Euro		um	27.500.000 Euro			auf	2.385.000.000 Euro			<p><b>einstimmig ange- nommen mit in- haltsgleichen An- trägen der Fraktio- nen von CDU/FDP und der Fraktion der AfD (ohne Be- gründung)</b></p>
	<b>2019</b>	<b>2018</b>																	
von	2.412.500.000 Euro	2.442.919.500 Euro																	
um	27.500.000 Euro																		
auf	2.385.000.000 Euro																		



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 20 650      Schuldenverwaltung</b> <b>Titel 325 00        Schuldenaufnahme auf dem sonstigen Kreditmarkt</b></p> <p><b>Senkung des Baransatzes</b></p> <p><b>2019</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></span></p> <p>von    121.000.000 Euro <span style="float: right;">0 Euro</span> um     30.000.000 Euro auf    91.000.000 Euro</p> <p><b><u>Begründung:</u></b> Die zusätzlichen Finanzierungsspielräume ermöglichen eine doppelt so hohe Senkung der Netto-Neuverschuldung wie die Landesregierung bisher plant.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU            nein SPD            ja FDP            nein GRÜNE        ja AfD            ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20  
im Haushalts- und Finanzausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
20/	CDU FDP	<p><b>Kapitel 20 650      Schuldenverwaltung</b> <b>Titel 325 00        Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes <b>2019</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></span></p> <p>von                    121.000.000 Euro <span style="float: right;">0 Euro</span> um                     1.000.000 Euro auf                     120.000.000 Euro</p> <p><b><u>Begründung:</u></b> Infolge der von den Regierungsfractionen vorgelegten Haushaltsänderungsanträge verbleibt im Saldo ein Betrag von 1 Mio. Euro, der zur weiteren Nettotilgung verwendet werden soll.</p>	<p><b>einstimmig ange- nommen</b></p> <p>CDU                    ja SPD                    ja FDP                     ja GRÜNE                ja AfD                     Enth.</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20  
im Haushalts- und Finanzausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frak- tion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs-ergeb- nis																						
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 371 10        Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des</b> <b>Haushaltsplans</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2019</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">522.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">917.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">43.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">478.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b> Die Reduzierung des Ansatzes erfolgt zum Ausgleich des Haushalts in Einnahmen und Ausga- ben.</p>		<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>	von	522.100 Euro	917.100 Euro	um	43.200 Euro		auf	478.900 Euro		<p><b>einstimmig ange- nommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
	<b>2019</b>	<b>Ansatz lt. HH 2018</b>																							
von	522.100 Euro	917.100 Euro																							
um	43.200 Euro																								
auf	478.900 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
FDP	ja																								
GRÜNE	ja																								
AfD	Enth.																								



## **Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2019**

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2019 einschließlich der Ergänzungsvorlage (Drucksache 17/4100). Dabei berücksichtigt der "bisherige Haushaltsansatz 2019" den Stand nach der 2. Lesung.





# **Veränderungsnachweis**

## **Haushaltsplan**

**für den Geschäftsbereich**

**des Landtags**

**für das Haushaltsjahr**

**2019**

**Kapitel 01 010  
Landtag**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				

01 010

**Landtag**
**A u s g a b e n**
**Personalausgaben**

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter. ....	7 876 400	+146 000	8 022 400
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .	11 538 800	+50 000	11 588 800

**Titelgruppen**

Titelgruppe 60

Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für Enquete-Kommissionen und für andere befristete parlamentarische Gremien

422 60	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter. ....	—	—	—
--------	-----	--	---	---	---

**Planstellen**

2019 neu	2019 bisher	
3	2	Bes.Gr. A 16 Ministerialrätin, Ministerialrat 3 (2) kw zum 31.07.2022
2	1	Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat 2 (1) kw zum 31.07.2022
17	15	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
13	11	Laufbahngruppe 2.2
4	4	Laufbahngruppe 2.1
—	—	Laufbahngruppe 1.2
—	—	Laufbahngruppe 1.1

428 60	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .	—	—	—
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterung  
Zu Titel 428 60:

## Veränderungsnachweis

Kapitel 01 010  
Landtag

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				

## Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2019 neu	Stellensoll 2019 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Laufbahngruppe 1.2	9	8	+1
Gesamt	9	8	+1

## Erläuterungen zu den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer -kw-Vermerke

haushaltstechnische Einreihung vergleichbar	Anzahl kw- Vermerke		Qualifizierung		
	2019	2018	zum/ab	Datum/Bedingung	Erläuterungen
	6	1	zum	31.07.2022	
Gesamt	6	1			

526 60	011	Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten. ....	720 000	+120 000	840 000
684 60	011	Zuschüsse an Fraktionen. ....	5 320 000	+480 000	5 800 000
		<b>Summe Titelgruppe 60. ....</b>	<b>8 050 300</b>	<b>+600 000</b>	<b>8 650 300</b>
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 01 010. ....</b>	<b>142 459 100</b>	<b>+796 000</b>	<b>143 255 100</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 01 010. ....</b>	<b>7 040 400</b>	<b>—</b>	<b>7 040 400</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
<b>Gesamteinnahmen</b> .....		189 300	—	189 300
<b>Gesamtausgaben</b> .....		151 935 500	+796 000	152 731 500
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....		7 040 400	—	7 040 400

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....		210	+2	212
<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....		—	—	—
<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....		200	+1	201
<b>Summe</b> .....		410	+3	413

**Veränderungsnachweis**

**Haushaltsplan**

**für den Geschäftsbereich**

**des Ministeriums**

**des Innern**

**für das Haushaltsjahr**

**2019**

**Kapitel 03 010**  
**Ministerium**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

03 010

**Ministerium****E i n n a h m e n****Titelgruppen**

n e u

**Titelgruppe 82**

Projekt "Notruf-App"

*neuer Vermerk:* Siehe Verstärkungsvermerk zu den Ausgaben der Titelgruppe 82

n e u

232 82	045	Sonstige Zuweisungen von Ländern. ....	—	+3 000 000	3 000 000
<b>Summe Titelgruppe 82. ....</b>			<b>—</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>3 000 000</b>
<b>Gesamteinnahmen Kapitel 03 010. ....</b>			<b>26 739 800</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>29 739 800</b>

**A u s g a b e n****Ausgaben für Investitionen**

812 10	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sa- chen. ....	270 500	+75 000	345 500
--------	-----	--	---------	---------	---------

**Titelgruppen**

n e u

**Titelgruppe 82**

Projekt "Notruf-App"

- neuer Vermerk:* 1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.  
*neuer Vermerk:* 2. Abweichend von § 25 Abs. 2 HHG sind die Ausgaben der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig.  
*neuer Vermerk:* 3. Innerhalb der Titelgruppe veranschlagte Verpflichtungsermächtigungen können innerhalb des Gesamtrahmens bei allen Titeln der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.  
*neuer Vermerk:* 4. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 82 geleistet werden.

n e u

511 82	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonsti- ge Gebrauchsgegenstände. ....	—	+1 000 000	1 000 000
--------	-----	---	---	------------	-----------

n e u

525 82	045	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel. ....	—	—	—
--------	-----	--	---	---	---

n e u

526 82	045	Ausgaben für Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben. ....	—	+1 000 000	1 000 000
--------	-----	---	---	------------	-----------

n e u

538 82	045	Ausgaben für Datenverarbeitung. ....	—	+1 000 000	1 000 000
<i>Verpflichtungsermächtigung:</i>			bisher	mehr / weniger	neu
			—	+5 000 000	5 000 000

## Veränderungsnachweis

Kapitel 03 010  
Ministerium

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				
<b>neu</b>				
541 82 045	Ausgaben für Veranstaltungen.....	—	—	—
<b>neu</b>				
547 82 045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben. . .	—	—	—
<b>neu</b>				
812 82 045	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sa- chen.....	—	+1 000 000	1 000 000
	<b>Summe Titelgruppe 82.....</b>	—	+4 000 000	4 000 000
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 010.....</b>	167 722 700	+4 075 000	171 797 700
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 010.....</b>	17 689 400	+5 000 000	22 689 400

**Kapitel 03 110**  
**Polizei**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				

03 110

Polizei

**A u s g a b e n**
**Personalausgaben**

422 02	042	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. . . . .	106 263 600	+530 100	106 793 700
--------	-----	--	-------------	----------	-------------

 Erläuterung  
 Zu Titel 422 02:

**Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst**

Eingangsamt	Dienstbezeichnung	2019 neu	2019 bisher
<b>Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>			
A 9 EA	Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter	7100	7000
Zusammen		7100	7000
Dazu			
Verwaltungspraktikantinnen / Verwaltungspraktikanten		—	—
Verwaltungslehrlinge		—	—
<b>Anzahl der beabsichtigten Einstellungen</b>			
A 9 EA	Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter	2500	2400
Zusammen		2500	2400

**Ausgaben für Investitionen**

811 01	042	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen. . . . .	97 551 300	+880 000	98 431 300
<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 110. . . . .</b>			<b>3 401 383 000</b>	<b>+1 410 100</b>	<b>3 402 793 100</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 110. . . . .</b>			<b>621 184 000</b>	<b>—</b>	<b>621 184 000</b>



	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	180 223 300	+3 000 000	183 223 300
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	5 846 388 200	+5 485 100	5 851 873 300
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	955 292 400	+5 000 000	960 292 400

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....	46 890	—	46 890
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....	11 501	—	11 501
	<b>Summe</b> .....	58 391	—	58 391



**Veränderungsnachweis**

**Haushaltsplan**

**für den Geschäftsbereich**

**des Ministeriums**

**der Justiz**

**für das Haushaltsjahr**

**2019**

## Veränderungsnachweis

Kapitel 04 210  
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				

## 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

## Ausgaben

## Personalausgaben

422 01 051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter. ....	608 971 900	+32 200	609 004 100
------------	--	-------------	---------	-------------

## Planstellen

2019 neu	2019 bisher	
2.461	2.460	Bes.Gr. R 1 Richterin, Richter am Amts- oder Landgericht davon 1 (-) kw zum 31.12.2020
12.176	12.175	Planstellen
57		davon Dienstwohnungsinhaber
<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>		
3.876	3.875	Laufbahngruppe 2.2
2.436	2.436	Laufbahngruppe 2.1
4.406	4.406	Laufbahngruppe 1.2
1.458	1.458	Laufbahngruppe 1.1

428 01 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .	259 248 800	+26 300	259 275 100
------------	--	-------------	---------	-------------

Erläuterung  
Zu Titel 428 01:

## Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2019 neu	Stellensoll 2019 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Laufbahngruppe 1.2	4206	4205	+1
Gesamt	4485	4484	+1

## Erläuterungen zu den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer -kw-Vermerke

haushaltstechnische Einreihung vergleichbar	Anzahl kw- Vermerke 2019	2018	Qualifizierung zum/ab Datum/Bedingung	Erläuterungen
	1	-	zum 31.12.2020	
Gesamt	168	137		

<b>Gesamtausgaben Kapitel 04 210. ....</b>	<b>2 206 664 400</b>	<b>+58 500</b>	<b>2 206 722 900</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 210. ....</b>	<b>29 069 400</b>	<b>—</b>	<b>29 069 400</b>

**Kapitel 04 215  
Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**04 215                    Generalstaatsanwaltschaften  
                                  und Staatsanwaltschaften**
**A u s g a b e n**
**Personalausgaben**

<b>422 01 051</b>	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter. . . . .</b>	<b>164 432 800</b>	<b>+64 500</b>	<b>164 497 300</b>
-------------------	--	--------------------	----------------	--------------------

**Planstellen**

2019 neu	2019 bisher	
891	889	Bes.Gr. R 1 Staatsanwältin, Staatsanwalt davon 2 (-) kw zum 31.12.2020

3.202	3.200	Planstellen
2		davon Dienstwohnungsinhaber

**Gliederung nach Laufbahngruppen**

1.331	1.329	Laufbahngruppe 2.2
784	784	Laufbahngruppe 2.1
832	832	Laufbahngruppe 1.2
255	255	Laufbahngruppe 1.1

<b>428 01 051</b>	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .</b>	<b>57 773 800</b>	<b>+52 700</b>	<b>57 826 500</b>
-------------------	---	-------------------	----------------	-------------------

Erläuterung  
Zu Titel 428 01:

**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2019 neu	Stellensoll 2019 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Laufbahngruppe 1.2	1047	1045	+2
Gesamt	1144	1142	+2

**Erläuterungen zu den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer -kw-Vermerke**

haushaltstechnische Einreihung vergleichbar	Anzahl kw- Vermerke 2019 2018	Qualifizierung zum/ab Datum/Bedingung	Erläuterungen
	2 -	zum 31.12.2020	
Gesamt	27 20		

<b>Gesamtausgaben Kapitel 04 215. . . . .</b>	<b>278 279 300</b>	<b>+117 200</b>	<b>278 396 500</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 215. . . . .</b>	<b>183 800</b>	<b>—</b>	<b>183 800</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	1 308 841 500	—	1 308 841 500
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	4 468 660 400	+175 700	4 468 836 100
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	841 668 000	—	841 668 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....	26 565	+3	26 568
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....	204	—	204
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....	7 910	+3	7 913
	<b>Summe</b> .....	34 679	+6	34 685

# **Veränderungsnachweis**

## **Haushaltsplan**

**für den Geschäftsbereich**

**des Ministeriums für**

**Schule und Bildung**

**für das Haushaltsjahr**

**2019**

## Veränderungsnachweis

Kapitel 05 300  
Schule gemeinsam

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

05 300

## Schule gemeinsam

## A u s g a b e n

## Titelgruppen

Titelgruppe 62

Medienberatung NRW, Lehren und Lernen in der digitalen  
Welt

686 62	129	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .	3 166 700	+5 000 000	8 166 700
<b>Summe Titelgruppe 62. . . . .</b>			<b>3 166 700</b>	<b>+5 000 000</b>	<b>8 166 700</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 05 300. . . . .</b>			<b>1 436 890 400</b>	<b>+5 000 000</b>	<b>1 441 890 400</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 05 300. . . . .</b>			<b>377 979 400</b>	<b>—</b>	<b>377 979 400</b>



**Einzelplan 05**  
**Ministerium für Schule und Bildung**
**Veränderungsnachweis**

	<b>EINZELPLANABSCHLUSS</b>	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
	<b>Gesamteinnahmen .....</b>	253 864 000	—	253 864 000
	<b>Gesamtausgaben .....</b>	18 761 765 100	+5 000 000	18 766 765 100
	<b>Verpflichtungsermächtigungen .....</b>	383 664 400	—	383 664 400

	<b>PERSONALABSCHLUSS</b>	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter .....</b>	158 921	—	158 921
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe .....</b>	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer .....</b>	4 692	—	4 692
	<b>Summe .....</b>	163 613	—	163 613



# **Veränderungsnachweis**

## **Haushaltsplan**

**für den Geschäftsbereich**

**des Ministeriums für**

**Kultur und Wissenschaft**

**für das Haushaltsjahr**

**2019**

**Kapitel 06 102**  
**Fachbereiche Medizin und Universitätsklinik Allgemein**

**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
------------------	--	---	--------------------------------------	--

06 102

**Fachbereiche Medizin und  
 Universitätsklinik Allgemein**

**A u s g a b e n**

**Titelgruppen**

Titelgruppe 63

Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die Uni-  
 versitätskliniken des Landes Nordrhein-Westfalen

<b>661 63 132</b>	<b>Schuldendiensthilfen. ....</b>	<b>33 400 000</b>	<b>—</b>	<b>33 400 000</b>
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger		neu
	192 000 000	+25 300 000		217 300 000
	<b>Summe Titelgruppe 63. ....</b>	<b>33 400 000</b>	<b>—</b>	<b>33 400 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 06 102. ....</b>	<b>137 974 900</b>	<b>—</b>	<b>137 974 900</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 06 102. ....</b>	<b>198 500 000</b>	<b>+25 300 000</b>	<b>223 800 000</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
	<b>Gesamteinnahmen .....</b>	1 346 394 900	—	1 346 394 900
	<b>Gesamtausgaben .....</b>	9 208 493 300	—	9 208 493 300
	<b>Verpflichtungsermächtigungen .....</b>	1 013 380 200	+25 300 000	1 038 680 200

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter .....</b>	776	—	776
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe .....</b>	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer .....</b>	763	—	763
	<b>Summe .....</b>	1 539	—	1 539



**Veränderungsnachweis**

**Haushaltsplan**

**für den Geschäftsbereich**

**des Ministeriums für Heimat,**

**Kommunales, Bau und Gleichstellung**

**für das Haushaltsjahr**

**2019**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				
<b>08 510</b>	<b>Denkmalpflege</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 60 Zuschüsse und Zuweisungen zur Förderung von Maßnah- men im Rahmen des Denkmalschutzgesetzes (DSchG)			
<b>893 60 195</b>	<b>Zuschüsse zur Förderung privater und kirchlicher denkmalpflegerischer Maßnahmen. ....</b>	<b>8 293 000</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>9 293 000</b>
	<b>Summe Titelgruppe 60. ....</b>	<b>12 000 000</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>13 000 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 08 510. ....</b>	<b>29 307 500</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>30 307 500</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 08 510. ....</b>	<b>37 000 000</b>	<b>—</b>	<b>37 000 000</b>



**Kapitel 08 700**  
**Dorferneuerung und ländliche Siedlung**

## Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
08 700	<b>Dorferneuerung und ländliche Siedlung</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Titelgruppen</b>			
<b>n e u</b>	<b>Titelgruppe 75</b>			
	Landesprogramm Dorferneuerung			
<i>neuer Vermerk:</i>	1. Rückflüsse fließen den Ausgaben zu.			
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.			
<i>neuer Vermerk:</i>	3. Die bei Titel 633 75 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung darf auch zu Gunsten der anderen Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.			
<i>neuer Vermerk:</i>	4. Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).			
<b>n e u</b>				
<b>633 75 521</b>	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände. . . . .</b>	—	<b>+5 000 000</b>	<b>5 000 000</b>
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher			neu
	—	+15 000 000		15 000 000
<b>n e u</b>				
<b>686 75 521</b>	<b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .</b>	—	—	—
<b>n e u</b>				
<b>883 75 521</b>	<b>Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände. . . . .</b>	—	—	—
<b>n e u</b>				
<b>893 75 521</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland. . .</b>	—	—	—
	<b>Summe Titelgruppe 75. . . . .</b>	—	<b>+5 000 000</b>	<b>5 000 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 08 700. . . . .</b>	<b>4 166 700</b>	<b>+5 000 000</b>	<b>9 166 700</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 08 700. . . . .</b>	<b>5 733 300</b>	<b>+15 000 000</b>	<b>20 733 300</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
<b>Gesamteinnahmen</b> .....		615 173 200	—	615 173 200
<b>Gesamtausgaben</b> .....		1 271 019 000	+6 000 000	1 277 019 000
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....		588 536 300	+15 000 000	603 536 300

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....		264	—	264
<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....		—	—	—
<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....		157	—	157
<b>Summe</b> .....		421	—	421

**Veränderungsnachweis**

**Haushaltsplan**

**für den Geschäftsbereich**

**des Ministeriums für**

**Verkehr**

**für das Haushaltsjahr**

**2019**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

## 09 140 Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau

## Ausgaben

## Ausgaben für Investitionen

883 14 725	Zuweisungen nach Artikel 13 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes (Entflechtungsgesetz) für Straßenbaumaßnahmen der Gemeinden und Kreise. . . . .				129 760 500	—	129 760 500
	Verpflichtungsermächtigung:						
		bisher	mehr / weniger	neu			
		115 000 000	+30 000 000	145 000 000			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 09 140. . . . .</b>				<b>155 553 000</b>	<b>—</b>	<b>155 553 000</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 140. . . . .</b>				<b>145 299 000</b>	<b>+30 000 000</b>	<b>175 299 000</b>

**Kapitel 09 160**  
**Angelegenheiten der Mobilität, Digitalisierung und Vernetzung**

**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

**09 160**                      **Angelegenheiten der Mobilität,  
Digitalisierung und Vernetzung**

**A u s g a b e n**

**Titelgruppen**

Titelgruppe 65

Mobilitätskonzepte und verkehrsmittelübergreifende  
Mobilität

*neuer Vermerk:* 7. Abweichend von § 25 Abs. 2 HHG sind die Ausgaben der Titelgruppe  
auch für Ausgaben der Titelgruppe 63 in Kapitel 09 010 einseitig  
deckungsfähig.

<b>531 65</b>	<b>729</b>	<b>Veröffentlichungen.....</b>	—	—	—
		<b>Summe Titelgruppe 65.....</b>	<b>11 500 000</b>	—	<b>11 500 000</b>
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 09 160.....</b>	<b>42 100 000</b>	—	<b>42 100 000</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 160.....</b>	<b>51 950 000</b>	—	<b>51 950 000</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
	<b>Gesamteinnahmen .....</b>	1 799 588 100	—	1 799 588 100
	<b>Gesamtausgaben .....</b>	2 868 841 900	—	2 868 841 900
	<b>Verpflichtungsermächtigungen .....</b>	2 088 486 000	+30 000 000	2 118 486 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter .....</b>	1 185	—	1 185
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe .....</b>	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer .....</b>	5 063	—	5 063
	<b>Summe .....</b>	6 248	—	6 248

**Veränderungsnachweis**  
**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Umwelt, Landwirtschaft,**  
**Natur- und Verbraucherschutz**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2019**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR

10 030

**Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft,  
Naturschutz und Landschaftspflege**

**A u s g a b e n**

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

537 12 512	Werkvertrag für ein Anreizsystem Wildschweinbeja- gung. ....	3 000 000	—	3 000 000
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Siehe Deckungsvermerk bei Kap. 10 400 Titel 511 01.			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 10 030. ....</b>	<b>75 763 600</b>	—	<b>75 763 600</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 10 030. ....</b>	<b>50 465 000</b>	—	<b>50 465 000</b>



**Kapitel 10 400**  
**Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR
10 400	<b>Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>			
511 01 331	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonsti- ge Gebrauchsgegenstände. . . . .</b>	2 903 100	—	2 903 100
<i>neuer Vermerk:</i>	3. Die Ausgaben dürfen bis zu 1.000.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 10 030 Titel 537 12 überschritten werden, soweit diese Mittel zugunsten der Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung verwendet werden.			
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 10 400. . . . .</b>	129 079 100	—	129 079 100
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 10 400. . . . .</b>	8 100 000	—	8 100 000

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
	<b>Gesamteinnahmen .....</b>	386 523 300	—	386 523 300
	<b>Gesamtausgaben .....</b>	1 053 958 000	—	1 053 958 000
	<b>Verpflichtungsermächtigungen .....</b>	702 163 000	—	702 163 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter .....</b>	1 280	—	1 280
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe .....</b>	—	—	—
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer .....</b>	1 803	—	1 803
	<b>Summe .....</b>	3 083	—	3 083

**Veränderungsnachweis**

**Haushaltsplan**

**für den Geschäftsbereich**

**des Ministeriums für Arbeit,**

**Gesundheit und Soziales**

**für das Haushaltsjahr**

**2019**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
------------------	--	---	--------------------------------------	--

**11 029 Arbeit und Qualifizierung****A u s g a b e n****Titelgruppen**

Titelgruppe 60

Förderung der Infrastruktur überbetrieblicher Ausbil-  
dungsstätten

<b>893 60 155</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland. . .</b>	<b>4 000 000</b>	<b>+4 000 000</b>	<b>8 000 000</b>
	<b>Summe Titelgruppe 60. . . . .</b>	<b>4 000 000</b>	<b>+4 000 000</b>	<b>8 000 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 11 029. . . . .</b>	<b>180 418 400</b>	<b>+4 000 000</b>	<b>184 418 400</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 029. . . . .</b>	<b>103 802 000</b>	<b>—</b>	<b>103 802 000</b>

**Kapitel 11 042**  
**Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**11 042 Sozialpolitische Maßnahmen  
und Bekämpfung von Armut**
**A u s g a b e n**
**Titelgruppen**

Titelgruppe 95

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

<b>686 95</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke. . . . .</b>	<b>5 120 000</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>8 120 000</b>
		<b>Summe Titelgruppe 95. . . . .</b>	<b>6 280 600</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>9 280 600</b>
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 11 042. . . . .</b>	<b>40 594 100</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>43 594 100</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 042. . . . .</b>	<b>5 500 000</b>	<b>—</b>	<b>5 500 000</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				
<b>11 080</b>	<b>Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 75 Gesundheitswirtschaft, Telematik, Versorgungsforschung und -strukturentwicklung und Vorsorge im Gesundheits- wesen, Weiterentwicklung des Gesundheitscampus			
686 75 314	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .	4 250 400	+2 000 000	6 250 400
	<b>Summe Titelgruppe 75. . . . .</b>	<b>6 277 600</b>	<b>+2 000 000</b>	<b>8 277 600</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 11 080. . . . .</b>	<b>49 444 400</b>	<b>+2 000 000</b>	<b>51 444 400</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 080. . . . .</b>	<b>30 687 400</b>	<b>—</b>	<b>30 687 400</b>

**Einzelplan 11**  
**Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

**Veränderungsnachweis**

EINZELPLANABSCHLUSS		Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
<b>Gesamteinnahmen</b> .....		4 238 848 300	—	4 238 848 300
<b>Gesamtausgaben</b> .....		6 385 102 100	+9 000 000	6 394 102 100
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....		529 154 500	—	529 154 500

PERSONALABSCHLUSS		Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....		512	—	512
<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....		—	—	—
<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....		951	—	951
<b>Summe</b> .....		1 463	—	1 463





**Veränderungsnachweis**  
**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung**  
**und Energie**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2019**

**Kapitel 14 500**  
**Digitales**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR
<b>14 500</b>	<b>Digitales</b>			
	<b>Ausgaben</b>			
	<b>Titelgruppen</b>			
	Titelgruppe 73			
	Unterstützung von Freifunkinitiativen und Bürgerbreitbandprojekten			
<b>686 73 692</b>	<b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .</b>	<b>800 000</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>1 800 000</b>
	<b>Summe Titelgruppe 73. . . . .</b>	<b>800 000</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>1 800 000</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 14 500. . . . .</b>	<b>320 115 000</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>321 115 000</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 14 500. . . . .</b>	<b>1 160 097 000</b>	<b>—</b>	<b>1 160 097 000</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				

14 730

**Förderung der Wirtschaft,  
insbesondere des Mittelstandes**

**A u s g a b e n**

**Titelgruppen**

Titelgruppe 64

Förderung des Handwerks und der freien Berufe und  
Genossenschaften

686 64	635	Förderung des Handwerks und der Genossenschaf- ten.....	4 148 800	+1 000 000	5 148 800
		<b>Summe Titelgruppe 64.....</b>	<b>4 449 300</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>5 449 300</b>
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 14 730.....</b>	<b>154 080 800</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>155 080 800</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 14 730.....</b>	<b>171 149 000</b>	<b>—</b>	<b>171 149 000</b>

**Einzelplan 14**  
**Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie**
**Veränderungsnachweis**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
<b>Gesamteinnahmen</b> .....		351 765 400	—	351 765 400
<b>Gesamtausgaben</b> .....		1 584 192 700	+2 000 000	1 586 192 700
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....		2 304 151 500	—	2 304 151 500

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....		1 059	—	1 059
<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....		—	—	—
<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....		2 242	—	2 242
<b>Summe</b> .....		3 301	—	3 301

**Veränderungsnachweis**

**Haushaltsplan**

**der allgemeinen Finanzverwaltung**

**für das Haushaltsjahr**

**2019**

**Kapitel 20 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	EUR
<b>20 020                    Allgemeine Bewilligungen</b>				
<b>E i n n a h m e n</b>				
<b>Übrige Einnahmen</b>				
371 10 881	Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans. ....	522 100	-43 200	478 900
	<b>Gesamteinnahmen Kapitel 20 020. ....</b>	<b>4 599 839 600</b>	<b>-43 200</b>	<b>4 599 796 400</b>
<b>A u s g a b e n</b>				
<b>Besondere Finanzierungsausgaben</b>				
971 00 881	Globale Mehrausgaben. ....	7 000 000	+1 000 000	8 000 000
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 20 020. ....</b>	<b>306 737 700</b>	<b>+1 000 000</b>	<b>307 737 700</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 20 020. ....</b>	<b>147 680 400</b>	<b>—</b>	<b>147 680 400</b>

## Veränderungsnachweis

Kapitel 20 650  
Schuldenverwaltung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				
<b>20 650</b>				
<b>Schuldenverwaltung</b>				
<b>E i n n a h m e n</b>				
<b>Übrige Einnahmen</b>				
325 00	831 Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt .	121 000 000	-1 000 000	120 000 000
	<b>Gesamteinnahmen Kapitel 20 650 . . . . .</b>	<b>121 000 000</b>	<b>-1 000 000</b>	<b>120 000 000</b>
<b>A u s g a b e n</b>				
<b>Schuldendienst</b>				
575 10	831 Zinsen für Kreditmarktmittel . . . . .	2 412 500 000	-27 500 000	2 385 000 000
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 20 650 . . . . .</b>	<b>2 448 972 000</b>	<b>-27 500 000</b>	<b>2 421 472 000</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
<b>Gesamteinnahmen</b> .....		66 330 210 100	-1 043 200	66 329 166 900
<b>Gesamtausgaben</b> .....		17 038 143 900	-26 500 000	17 011 643 900
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....		147 680 400	—	147 680 400

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....		—	—	—
<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....		—	—	—
<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....		9	—	9
<b>Summe</b> .....		9	—	9